

6 Die Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle
12 Das Sanktionsregime gegen Russland
16 Soziale Verteidigung: nicht kooperieren
19 Neun Thesen zur internationalen Unordnung

22 Ukraine und Syrien: Selektive Solidarität
26 Die Waffenausfuhrstatistik 2021
28 Die Kraft der ukrainischen Literatur
29 Veranstaltungen und Bücher

Umbaupläne bei der Dienstpflicht

Den Zivildienst zertrümmern oder gar Zwangsarbeit einführen?

Der Zivildienst ist seit seiner Einführung vor gut 25 Jahren eine einmalige Erfolgsgeschichte. Doch das bringt ihm nicht nur Anerkennung, sondern auch erbitterte Gegnerschaft, die allerdings kaum offen auftritt. Es sind vor allem Lobbyisten des politisch-militärischen Komplexes, die mit allen möglichen Mitteln versuchen, das Erfolgsmodell Zivildienst zu beschädigen oder zu beseitigen.

/ Ruedi Tobler /

Noch vor zwei Jahren, im Juni 2020, scheiterte die Gegnerschaft in den Eidgenössischen Räten, denn dem Zivildienstverband Civiva war es mit geschickter Lobbyarbeit gelungen, in der Schlussabstimmung zu verhindern, dass eine Abbauvorlage durchkam. Schikanen auf Verordnungsebene hatten sich allerdings nicht abwenden lassen und auch zu einem markanten Rückgang bei den Zulassungen geführt. Doch das ist den GegnerInnen des Zivildienstes in Parlament und Verwaltung nicht genug. Sie be-

schwören seit Längerem eine Krise des Dienstpflichtsystems herauf mit Gefährdung bis Unterdotierung der Bestände von Armee und Zivilschutz.

Vier Dienstpflicht-Varianten

Der für 2020 geplante Bericht zur «Alimentierung von Armee und Zivilschutz» wurde vom VBS zweigeteilt; der erste Teilbericht «Analyse und kurz- und mittelfristige Massnahmen» wurde am 30. Juni 2021 publiziert. Ausführlich damit auseinandergesetzt hat sich Nicola Goepfert in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 38 vom September 2021.

Im Folgenden soll der im März erschienenen Teilbericht «Möglichkeiten

zur langfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems genauer untersucht werden. Dabei lassen nicht nur Aussagen wie die folgende aufhorchen:

Aus heutiger Sicht ist ungewiss, ob die Bestände von Armee und Zivilschutz (...) auf Dauer gesichert werden können. Im Hinblick auf eine nachhaltige Sicherung der Bestände werden deshalb parallel zu den kurz- und mittelfristigen Arbeiten auch Überlegungen zu grundlegenden, langfristigen Anpassungen des Dienstpflichtsystems angestellt.

Im Bericht werden vier Varianten für eine Weiterentwicklung des heutigen Dienstpflichtsystems vorgestellt, die alle eine

Revision der geltenden Rechtsbestimmungen auf Stufe Bundesverfassung erfordern. Zusätzlich zu den vier Varianten enthält der Bericht im Sinne einer punktuellen Anpassung des heutigen Systems – oder «Status quo plus» – die Einführung einer obligatorischen Teilnahme von Frauen am Orientierungstag. Auch diese würde eine Revision der Bundesverfassung erfordern.



Fortsetzung Seite 2

Die Varianten und der «Status quo plus»

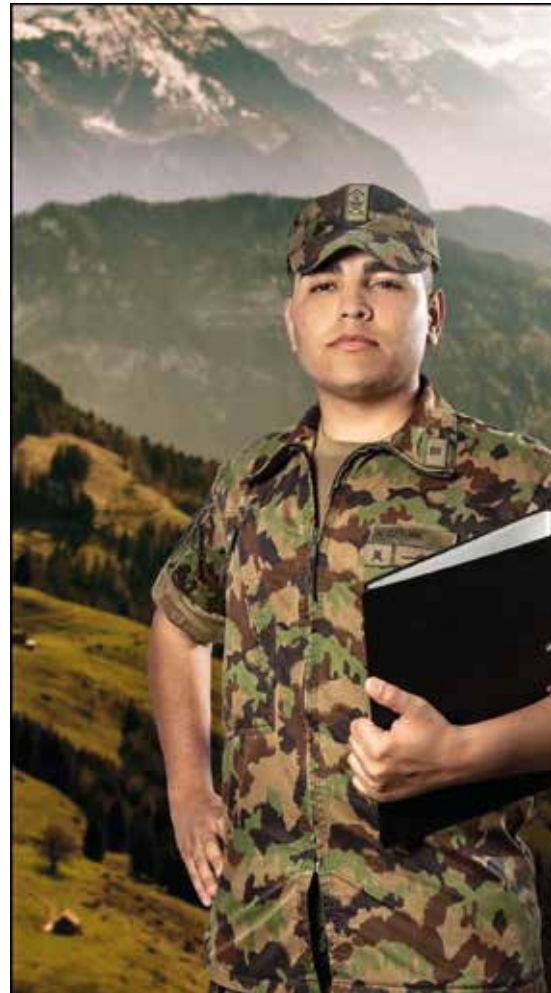
Die Variante «Sicherheitsdienstpflicht» sieht die Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes zu einem Katastrophenschutz vor, der die bisherigen Aufgaben von Zivilschutz und Zivildienst übernimmt. Die Dienstpflicht wird entweder in der Armee oder im Katastrophenschutz erfüllt, und es werden alle Dienstage effektiv geleistet. Bei der Zuteilung der Dienstpflichtigen hat die Armee Priorität, damit sie ihre Bestände sichern kann.

Die Variante «bedarfsorientierte Dienstpflicht» sieht eine Ausdehnung der Dienstpflicht auf Frauen vor. Es werden nur so viele Personen rekrutiert, wie für die Alimentierung der Bestände tatsächlich gebraucht werden. Bestimmend für den Dienst in der Armee oder im Zivilschutz ist die Eignung der einzelnen Person.

Die Variante «Bürgerdienstpflicht ohne Wahlfreiheit» sieht auch eine Auswei-

tung der Dienstpflicht auf Frauen vor. Im Gegensatz zur «bedarfsorientierten Dienstpflicht» leisten aber alle physisch und psychisch tauglichen Schweizerinnen und Schweizer Dienst. Bei der Zuteilung wird die Armee priorisiert, damit sie die nötigen Bestände sichern kann. Das Aufgabenspektrum der «Bürgerdienstpflicht» umfasst die heutigen Aufgaben von Armee, Zivilschutz und Zivildienst und damit auch Bereiche wie Gesundheit und Betreuung, Natur und Umwelt.

In der Variante «Bürgerdienstpflicht mit Wahlfreiheit» leisten ebenfalls alle physisch und psychisch tauglichen Schweizer Frauen und Männer Dienst. Sie können aber selber wählen, welche Art von Dienst sie leisten. Armee und Zivilschutz werden bei der Zuweisung nicht priorisiert. Das Spektrum von Dienstleistungen ist gegenüber der «Bürgerdienstpflicht ohne Wahlfreiheit» noch breiter. Eine Möglichkeit, das bestehende Dienstpflichtsystem punktuell zu einem «Status quo plus» weiterzuentwickeln, ist eine obligatorische Teilnahme der Schweizer Frauen am Orientierungstag. Dadurch kann der Frauenanteil in der Armee gesteigert werden, was auch jenseits der Alimentierungsfrage ein generelles Anliegen ist.



FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Günther Baechler, Sascha Werthes, Melanie Hussak, Marionna Schlatter, Ulrich Stadtmann, Vladislav Vigel, Ruedi Tobler, Liliane Studer, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite / Seiten 2 und 3: VBS; Seiten 9, 20, 23 und 32: Kichka; Seite 13: Vladimir Kazanovsky; Seite 14: Dilem; Seite 19: Dimitar Belchev; Seite 28: Goran Basic.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Juni 2022

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

Explizite Abwertung des Zivildienstes

So weit die Darstellung der Varianten in der «Übersicht» des Berichts. Bei ihrer Beurteilung wird erstmals die Abwertung des Zivildienstes als vorteilhaft beurteilt:

Die «Sicherheitsdienstpflicht» gewährleistet die Rekrutierung und Alimentierung für den Zivilschutz nachhaltig, weil im Katastrophenschutz Personen eingeteilt werden, die bisher Zivildienst leisteten.

Zugleich wird der Sinn der Ausweitung der Dienstpflicht über den Sicherheitsbereich hinaus infrage gestellt:

Offen ist, inwiefern es sinnvoll ist, in der «Sicherheitsdienstpflicht» und der «bedarfsorientierten Dienstpflicht» wesentlich mehr Dienstage als bisher effektiv zu leisten. (...) Mit den beiden Varianten der «Bürgerdienstpflicht» wird die Anzahl zu leistender Dienstage verdoppelt. Damit werden insbesondere ausserhalb des Bereichs, der nach herkömmlicher Auffassung zur Sicherheit gehört, Kapazitäten geschaffen, für die der Bedarfsnachweis erst noch erbracht werden müsste, womit sich auch die Frage der Vereinbarkeit mit dem Kon-

kurrenzierungsverbot mit dem privaten Sektor stellt.

Gestützt auf diese Beurteilung hat der Bundesrat das VBS beauftragt, die beiden Varianten «Sicherheitsdienstpflicht» und «bedarfsorientierte Dienstpflicht» bis Ende 2024 vertieft zu prüfen. (...) Der Bundesrat hat das VBS weiter beauftragt, die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Frauen gemäss «Status quo plus» vertieft zu prüfen und dem Bundesrat bis Ende 2024 zum Entscheid vorzulegen. Ein solcher Schritt ist aus Sicht des Bundesrates in jedem Fall nützlich, um den Frauenanteil in der Armee zu erhöhen.

So soll der Zivildienst beseitigt werden

Bis im Sommer sollen das VBS und das Departement Wirtschaft, Bildung und Forschung eine Vernehmlassungsvorlage für eine Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes, des Zivildienstgesetzes und des Militärgesetzes ausarbeiten, die im Wesentlichen Folgendes enthalten soll:

Militärdiensttaugliche sollen schutzdienstpflichtig werden, wenn sie am Ende der Rekrutenschule militärdienst-



Das Ende von Putins Krieg ist nicht abzusehen

Es ist kaum zu glauben. Der am 24. Februar begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert nun bereits mehr als ein Vierteljahr – und ein Ende ist nicht abzusehen. Einmal mehr bestätigt sich, dass ein Krieg zwar begonnen oder – wie hier – vom Zaune gerissen werden kann, danach aber eine Eigen-dynamik entwickelt und den Kriegsparteien seinen Stempel aufdrückt. Immerhin ist er bisher nicht bis zum Einsatz von Atomwaffen eskaliert, was aber nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann.

Diese Entwicklung zeigt ein Versäumnis bzw. die Schwäche der Bewegungen gegen die atomare Aufrüstung. Es ist uns nicht gelungen, die «offiziellen» Atomwaffenmächte, die sich mit dem Atomsperrvertrag selber diesen Status gegeben, aber zugleich zur atomaren Abrüstung verpflichtet haben, dazu zu bringen, dies auch zu tun. Da dürfen wir gespannt sein, ob die mehrfach verschobene zehnte Überprüfungskonferenz des Non-Proliferations-Vertrags, die hoffentlich noch dieses Jahr stattfinden wird, ein Ergebnis bringen oder ob sie wie die letzte scheitern wird. Welche Dynamik können da der Angriffskrieg Russlands und Putins mehrfache Drohungen mit einem Atomwaffeneinsatz auslösen? Und was wird die erste Überprüfungskonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags, die vom 21. bis 23. Juni in Wien stattfindet, bringen? Werden wir die Schweiz endlich dazu bringen können, auch dem Verbotsvertrag beizutreten?

Erstaunlich ist, wie immer noch versucht wird, die Tatsachen zu verdrehen und den USA zumindest eine Mitschuld am Angriffskrieg Putins in die Schuhe zu schieben bzw. sie als eigentliche Verursacherin des Krieges hinstellen. Dabei ist es offensichtlich, dass Putin nicht nur ein Kriegsverbrecher ist, sondern auch in Russland alle Freiheitsrechte unterdrücken lässt und verhindert, dass eine kritische Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion und der Russischen Föderation stattfinden kann.

Als einzige Hoffnung bleibt, dass Putin mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine dermassen das Rad überdreht hat, dass seine Stellung unhaltbar werden wird und er abtreten muss – hoffentlich bevor die Ukraine ganz in Schutt und Asche gelegt ist und ein grosser Teil der Welt in die grösste Hungerkatastrophe seit Menschengedenken hineinschlittert. «Putin nach Den Haag» ist deshalb die Parole der Stunde!

Ruedi Tobler

untauglich werden oder wenn sie bis zum 25. Altersjahr die Rekrutenschule noch nicht absolviert haben. Zivildienstpflichtige sollen verpflichtet werden können, einen Teil ihrer Dienstpflicht in Zivilschutzorganisationen mit dauernden Unterbeständen zu absolvieren. Gleichzeitig sollen eine Abweichung vom Wohnortsprinzip bei der Schutzdienstleistung und die Einführung einer differenzierten Schutzdiensttauglichkeit geprüft werden. Das Zivildienstgesetz sowie das Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz müssen für die Schaffung des Katastrophenschutzes verschmolzen werden.

Ersatzdienst

Sicherheitsdienstpflichtige, die aufgrund ihrer Tauglichkeit und Eignung sowie des Bedarfs der Armee Militärdienst leisten müssen, dies aus Gewissensgründen jedoch nicht tun können, werden dem Katastrophenschutz zugeteilt. Sie erbringen den Tatbeweis für ihre Gewissensgründe, indem sie 1,5-mal länger dienen. Dies gilt auch bei einem Wechsel von der Armee in den Katastrophenschutz aus Gewissens-

gründen, der während der ganzen Militärdienstdauer möglich ist.

Darüber hinaus übernimmt der Katastrophenschutz alle Aufgaben, die bisher vom Zivildienst erfüllt wurden. Dazu gehören insbesondere Leistungen im Gesundheits- und Sozialwesen, darüber hinaus auch im Schulwesen (Vorschulstufe bis Sekundarstufe II), im Umwelt- und Naturschutz, in der Landschaftspflege und im Wald, in der Landwirtschaft, in der Kulturgütererhaltung, in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe sowie Einsätze in der Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen sowie der Regeneration nach solchen Ereignissen.

Es ist noch zu prüfen, ob die Einteilung einer solch grossen Zahl an Dienstpflichtigen in den Katastrophenschutz mit dem Zwangsarbeitsverbot vereinbar ist. Das hängt davon ab, wie gross der Anteil Dienstage im Zusammenhang mit Katastrophen und Notlagen ist, und wie gross jener in den Bereichen Gesundheit/ Soziales und Umwelt/Natur. Das Bundes-

Fortsetzung Seite 4

amt für Justiz macht in einer Stellungnahme vom 23. August 2021 die Vereinbarkeit von der konkreten Ausgestaltung der Dienstpflicht abhängig. Bei der Festlegung der Leistungen ist zudem darauf zu achten, dass diese mit den Prinzipien von Arbeitsmarktneutralität und Wettbewerbsverbot übereinstimmen.

Mit der Sicherheitsdienstpflicht und insbesondere der Einführung des Katastrophenschutzes kann das akute Rekrutierungs- und Alimentierungsproblem des heutigen Zivildienstes nachhaltig gelöst werden, da im Katastrophenschutz neu auch Personen eingeteilt und eingesetzt werden, die den zivilen Ersatzdienst im bisherigen, eigenständig organisierten Zivildienst leisteten. Ob das Alimentierungsproblem der Armee gleichzeitig auch gelöst würde, hängt davon ab, wie sich die Abgänge in den zivilen Ersatzdienst im Katastrophenschutz entwickeln. Allenfalls müssten Anpassungen in den gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung zum zivilen Ersatzdienst vorgenommen werden, der im Katastrophenschutz geleistet wird.

Nach diesen Vorstellungen verschwindet der Zivildienst als solcher; wer den Militärdienst verweigert, kommt in den Zivildienst, muss aber zur Strafe für die Verweigerung anderthalbmal so lange Zivildienst leisten als jene, die nicht als tauglich für den Militärdienst erachtet worden sind. Und eine der grössten Stärken des heutigen Zivildienstes verschwindet: Wer sich heute aktiv darum bemüht, kann den Zivildienst nicht nur in einem ihm zusagenden Bereich ableisten, sondern auch in einem ausgewählten Betrieb, der die Zulassung für Anstellung von Zivis hat. Der Zivildienst in seiner heutigen Form soll verschwinden.

Dieses ungeniessbare Gericht ist allerdings noch nicht gegessen. Als Nächstes muss es eine Vernehmlassung überstehen. Dann kommt eine Gesetzesvorlage ins eidgenössische Parlament, und sollte sie das überstehen, wird mit Bestimmtheit eine Referendumsabstimmung kommen. Dazwischen finden im Herbst 2023 noch die eidgenössischen Wahlen statt, bei denen diese Monstervorlage auch zum Thema werden müsste. Es ist also davon auszugehen, dass erhebliche Arbeit auf die Zivildienstbewegung zukommt.

Die Initiative für einen Service citizen ist lanciert

Nach jahrelangen Ankündigungen ist Ende April die Initiative «Service citoyen» lanciert worden. Jetzt muss das Initiativkomitee den Realitätstest bestehen. Nach dem Vorbild der GSoA hat es im Vorfeld Versprechen für Unterschriften und Geld gesammelt – allerdings nicht mit vergleichbarem Erfolg. Mitte Mai erwähnte das Komitee im Rundbrief 1300 gesammelte Unterschriften.

Noch ernüchternder muss für das Initiativkomitee der zweite Teil des Berichts zur Alimentierung von Armee und Zivildienst sein. Er ist für die Bundesbehörden die Gelegenheit, das Postulat von Ständerat Vonlanthen «Einführung eines Bürgerdienstes. Ein Mittel, um das Milizsystem zu stärken und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen?» zu beantworten. Das Fazit:

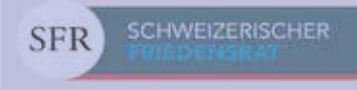
Eine Bürgerdienstpflicht (mit oder ohne freie Wahl der Dienstart) würde zudem Kapazitäten bereitstellen, für die der Bedarf nicht nachgewiesen ist und die den Arbeitsmarkt in einzelnen Sektoren stark tangieren könnten. Die Arbeitsmarktneutralität ist nicht gegeben, die Vereinbarkeit mit dem Zwangsarbeitsverbot

gemäss Europäischer Menschenrechtskonvention möglicherweise auch nicht. Dazu kommt, dass die volkswirtschaftlichen Kosten den Nutzen offenkundig erheblich übersteigen würden.

Der Bundesrat bestreitet nicht, dass ein verstärktes Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl wünschbar ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken könnte. Er ist aber der Überzeugung, dass ein Bürgerdienst, wie er in diesem Bericht in zwei Varianten skizziert wurde, nicht der richtige Weg ist. Der Bundesrat betrachtet deshalb das Anliegen des Postulats als geprüft und beantragt seine Abschreibung.

Volkswirtschaftliche Mehrkosten

Mit der Bürgerdienstpflicht fallen rund 7,75 Millionen Dienstage mehr an als im heutigen System; diese fehlen in der Folge in anderen Teilen der Volkswirtschaft. Von 47 Arbeitswochen zu 5 Arbeitstagen ausgehend, ergibt dies ein Äquivalent von rund 33'000 Vollzeitstellen zu 235 Arbeitstagen. Bei einem Ansatz von 85'000 Franken pro Vollzeitstelle entspricht dies einem volkswirtschaftlichen Verlust von rund 2,8 Milliarden.



CAFÉ DE LA PAIX



Montag, 20. Juni 2022
von 19.00 – 21.00 Uhr
 an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Nicola Goepfert

Der Geschäftsführer von Civiva informiert über die Armee und die Zivildienstbestände (Zivildienstleistende im Zivildienst) und die Zukunft der drei Dienstpflichtmodelle (Volksinitiative Service citoyen).

Gegenwärtiger Zustand und Zukunft des Dienstpflichtsystems

Tram 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher, dann zweite Strasse rechts).
 Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter info@friedensrat.ch bis zum 18. Juni 2022 an und erhält dann den Zugangscode.

Auch unsere Waffen bringen Europa keinen Frieden

den Franken in den anderen Teilen der Volkswirtschaft. Es ist fraglich, ob dieser Verlust durch den volkswirtschaftlichen Nutzen der Einsätze im Bürgerdienst kompensiert wird.

Die Dienstpflicht muss zudem einem real existierenden Bedarf entsprechen, der nicht anders gedeckt werden kann. Es wäre volkswirtschaftlich nicht vertretbar, ohne Not der Wirtschaft Personal zu entziehen, um es für Aufgaben einzusetzen, für welche es weniger qualifiziert ist als in seiner angestammten Tätigkeit. Der Bezug zum effektiven Bedarf gründet auf der Auffassung, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern nur solche Pflichten auferlegen soll, die für die Gemeinschaft wirklich nötig sind. Jedes Dienstpflichtsystem muss mit dem Zwangsarbeitsverbot gemäss Europäischer Menschenrechtskonvention vereinbar sein. Darüber hinaus muss das Dienstpflichtsystem möglichst arbeitsmarktnutral sein: Private gewinnorientierte Anbieter (und deren Angestellte) sollten nicht durch staatliche Angebote konkurrenziert werden.

Es wird oft angenommen, die Bürgerdienstpflicht könnte insbesondere im Pflege- und Betreuungsbereich zu Entlastung beitragen. Der Nutzen dieser Dienstleistung müsste jedoch gesellschaftlich höher eingestuft werden als die Abneigung gegen neue und einschneidende staatliche Pflichten. Zudem muss das Bedürfnis nach Dienstpflichtigen für solche Aufgaben nicht mit anderen Mitteln gedeckt werden können, damit die Dienstleistung nicht als Zwangsarbeit betrachtet würde. Es bestehen auch Zweifel, ob Dienstpflichtige mit ihrem Hintergrund, ihrer Ausbildung und Erfahrung den Anforderungen von Einsatzbetrieben entsprechen können.

Kann mit Dienstpflichtigen ein wirkungsvoller Beitrag geleistet werden, stellt sich wiederum die Frage der Arbeitsmarktnutralität, weil Dienstpflichtige andere unqualifizierte oder tief qualifizierte Arbeitskräfte zumindest teilweise verdrängen. Diese Frage hat sich bisher nur im Zivildienst gestellt. Mit einer substanziellen Erhöhung der eingesetzten Personen in diesen Bereichen gewinnt sie an Bedeutung.

Damit verbunden ist auch die Frage nach der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit. Es erscheint nicht sinnvoll, ohne Not Personal der Wirtschaft zu entziehen, um es für Aufgaben einzusetzen, für welche es weniger qualifiziert ist als in seiner angestammten Tätigkeit.

Der grausame Krieg in der Ukraine eint Europa: im Guten wie im Schlechten. Im Guten zeigt sich, was Solidarität bewirken kann, im Umgang mit den flüchtenden Menschen aus der Ukraine. Im Schlechten aber zeigt sich, wie der Unsicherheit mit Waffen begegnet werden soll und Europa vor einer grossen Aufrüstungswelle steht. Aber Waffen provozieren, verstärken und verlängern Konflikte. Die Verbreitung von Waffen untergräbt die Suche nach friedvollen Lösungen.

Auch die Schweiz rüstet auf: Das Parlament wird in der Sommersession eine willkürliche Erhöhung des Armeebudgets beschliessen. In einem blinden Rüstungsreflex will die Mehrheit Geld sprechen, ohne zu wissen, wofür. Sie will Geld ausgeben, ohne zu wissen, woher. Dies, obwohl die Trendumkehr schon lange passiert ist und das Schweizer Armeebudget schon seit Jahren steigt. Auch die europäischen Rüstungsausgaben haben in den letzten 10 Jahren um 30 Prozent zugenommen, sind um das Vielfache höher als diejenigen Russlands und haben doch keinen Krieg verhindern können.

Dieser Rüstungsreflex ist gefährlich. Denn man muss die Frage, was uns tatsächlich mehr Sicherheit bringt, offen diskutieren und darf sich nicht auf das militärische Sicherheitsversprechen verlassen. Wäre es doch nur so einfach, und einige Panzer mehr würden uns die gewünschte Sicherheit bringen. Lieber spricht man über die «Defizite der Armee» statt über die Abhängigkeiten, in die wir uns begeben haben, vor allem energiepolitisch. Der Abfluss von 10 Milliarden Franken aus der Schweiz jährlich für fossile Energien, grösstenteils an autokratische Staaten, wurde nicht mit der Sicherheitsdiskussion verknüpft.

Wenn der Westen jahrzehntelang wegschaut, wohin dieses Energiegeld fliesst, trägt er auch eine Mitverantwortung für die Krise der Menschenrechte und des Völkerrechts. Dabei ist die stabile Ordnung unsere echte Sicherheitsgarantie. Der Westen bezahlt Putins



Krieg in der Ukraine. Und die Schweiz steckt tief in der Sache drin: Als Vermögensverwalterin der Oligarchen, als Handelsplatz für die russischen Rohstoffe. Dass die Aufrüstung von den Bürgerlichen jetzt begründet wird damit, dass die Schweiz einen Beitrag leisten müsse an die Sicherheit in Europa, ist an Zynismus kaum mehr zu überbieten.

Die Antwort auf die Krise in der Ukraine muss die Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte sein; der Ausbau der Diplomatie und die Abrüstung – auf beiden Seiten. Und die ernsthafte Auseinandersetzung damit, was unserem Kontinent dauerhaften Frieden bringt. Mit der Aufrüstung aber subventioniert man lieber weiterhin die Gewaltindustrie, die schmutzigste Industrie überhaupt, deren Produkte Zerstörung und Leid sind, begleitet von einem hohlen Versprechen für mehr Sicherheit. Die Aufrüstung verhindert Investitionen in unverzichtbaren Umweltschutz oder auch in die soziale Gerechtigkeit, in die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte – Investitionen in genau diejenigen Werte, die Europa so lebenswert und attraktiv machen.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Die Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle

Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine geht weiter. Ein Ende ist nicht absehbar. Schon jetzt hat der Krieg über die unmittelbaren Opfer und Zerstörungen in der Ukraine hinaus vier zum Teil miteinander verbundene sehr negative Auswirkungen:

- Das anachronistische Militärbündnis der Nato ist deutlich erstarrt.
- Das internationale Regime zur Kon-

trolle von Atomwaffen wurde auf gefährliche Weise geschwächt.

- Die schon vor dem Krieg sehr geringen Aussichten auf eine verbesserte Handlungsfähigkeit der UNO und die überfällige Reform ihres Sicherheitsrates sind noch schlechter geworden.
- Im Globalen Süden drohen die grösste Ernährungs- und Hungerkatastrophe seit Ende des Kalten Krieges.

/ Andreas Zumach /

Man könnte fast meinen, der russische Präsident Wladimir Putin – bis zum Ende des Kalten Krieges 1989 Statthalter des sowjetischen Geheimdienstes KGB im ostdeutschen Dresden – agiere inzwischen insgeheim als Agent der Nato. Denn was Putin bereits in den ersten drei Monaten seines Krieges erreicht hat, ist gemessen an all seinen scharfen kritischen Äusserungen der letzten Jahre zur Nato und ihrer Osterweiterung völlig kontraproduktiv: Die Nato steht inzwischen so geschlossen da wie in den über 20 Jahren seit ihrem Luftkrieg gegen Serbien im Jahr 1999 nicht mehr.

Die Führungsrolle der USA und ihre Funktion als atomare Schutzmacht der Allianz, die nicht nur in den vier Jahren der Präsidentschaft von Donald Trump bei den europäischen Verbündeten in erhebliche Zweifel geraten waren, sind wieder unhinterfragt. Vergessen ist, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Nato Ende 2019 als «hirntot» kritisiert hatte. Die beiden seit 1945 bewusst neutralen, blockunabhängigen Staaten Finnland und Schweden haben bei der Nato die Mitgliedschaft beantragt. Denn aus der Minderheit in den Bevölkerungen und den politischen Parteien beider Länder, die auch schon früher einen Beitritt ihres Landes zu der Militärallianz befürworteten, wurde seit Beginn des Ukrainekrieges am 24. Februar 2022 eine Mehrheit. Der Beitritt wird noch im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Schweiz: Noch enger an die Nato?

Auch in der historisch noch stärker als Finnland und Schweden auf ihre Neutralität bedachten Schweiz mehrten sich die Stimmen, die die bereits seit den 1950er-Jahren bestehenden «inoffiziellen» und «informellen» Kontakte, Absprachen und Kooperationen mit der Nato beziehungsweise mit einzelnen Nato-Staaten jetzt intensivieren wollen. Verteidigungsministerin Viola Amherd verhandelte in der ersten Maihälfte bei einem Besuch in den USA mit ihrer dortigen Amtskollegin Kathleen Hicks über etwaige «Möglichkeiten einer noch engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit».



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen und regelmässiger Autor der FRIEDENSZEITUNG. Er lebt in Berlin.

Nach ihrer Rückkehr aus Washington stellte Amherd zudem eine intensivere Kooperation der Schweiz mit der Nato in Aussicht. Man strebe «neue Formen der Zusammenarbeit» an; dazu lasse die eidgenössische Neutralität immer noch «einen gewissen Handlungsspielraum». Berichten zufolge sind zum Beispiel regelmässige Treffen nicht nur von PolitikerInnen, sondern auch von militärischen Befehlshabern beider Seiten im Gespräch. Ein offizieller Bericht, der konkrete Optionen für die verstärkte Zusammenarbeit vorschlägt, soll bis Ende September vorgelegt werden.

Vom «Hirntod» zum «stärksten Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte»

Lediglich ein formeller Beitritt der Schweiz zur Nato gilt als mit der Neutralität unvereinbar und daher – zumindest vorläufig – als ausgeschlossen. Bevölkerungsumfragen zeigen, dass der Ukrainekrieg sowie die Berichterstattung über ihn – ähnlich wie in Finnland und in Schweden – die Zustimmung zu einer engeren Kooperation mit der Nato von einem langfristigen Durchschnitt von 37 Prozent auf jetzt 56 Prozent in die Höhe schnellen liessen. Sogar ein Nato-Beitritt, den vor Beginn des Ukrainekrieges nur 21 Prozent befürworteten, würde nach diesen Umfragen von 33 Prozent der Schweizer Bevölkerung gebilligt.

US-Präsident Joe Biden erklärte Mitte Mai in Washington bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Schwedens Regierungschefin Magdalena Andersson und dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, der von ihm «mit Stolz unterstützte Beitritt» der beiden skandinavischen Länder zur Nato werde das «stärkste und mächtigste Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte noch weiter stärken».

Schwächung der UNO

Zugleich wird dieser Beitritt aber auch die UNO schwächen. Denn die neutralen blockunabhängigen Staaten Schweden und Finnland gehörten bislang zu



den politisch profiliertesten und finanziell engagiertesten Mitgliedern der UNO. Sowohl im Bereich der humanitären Hilfe und bei der Unterstützung des UNO-Hochkommissariats, bei den Abrüstungs- und den Rüstungskontrollverhandlungen wie auch mit ihrer Beteiligung an UNO-Blauhelmeinsätzen. Schweden sowie, in etwas geringerem Masse, Finnland sind auch die einzigen UNO-Staaten, die die Resolution 1325 des Sicherheitsrates vom Oktober 2000 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» sowohl in ihren eigenen Streitkräften wie auch bei ihrem Handeln im Rahmen von UNO-Missionen zumindest weitgehend umgesetzt haben.

Wesentliche Elemente dieser Resolution sind der besondere Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie die Stärkung der Teilhabe von Frauen an politischen Prozessen und Institutionen bei der Bewältigung und Verhütung von Konflikten. Frauen sind dabei nicht nur Opfer, sondern sie übernehmen die Rolle aktiver Akteurinnen in friedensschaffenden Prozessen der Nachkriegsgesellschaften. Es besteht die Gefahr, dass dieses unabhängige und eigenständige Profil Finnlands und Schwedens nach ihrer Einbindung in die

Nato immer mehr abgeschliffen wird und dass die beiden Staaten in ihrem Handeln und bei ihren künftigen Beiträgen zu UNO-Missionen unter den Druck der Bündnistreue und der militärischen Logik der Nato geraten.

Schwächung der Blauhelmschiffe

Damit dürften auch die Stimmen noch schwächer werden, die bislang dafür plädieren, dass die UNO endlich eine eigene ständige Blauhelmschiff oder zumindest robuste Polizeiverbände erhält, um eventuell notwendige Einsätze zur Verhinderung / Beendigung von Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen oder zur Bewahrung / Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit auch eigenständig durchführen zu können.

Denn nur eine solche UNO-Truppe, deren Einsätze am besten nicht vom Sicherheitsrat beschlossen würden, sondern von einer qualifizierten Mehrheit der Generalversammlung, hätte dann auch die erforderliche internationale Legitimität. Doch statt dieser seit Langem überfälligen Massnahme zur UNO-Reform wird die – angeblich alternative – Rolle der Nato und ihr Image als einziger handlungsfähiger militärischer

Akteur, auf den die UNO im Bedarfsfall angewiesen sei, weiter befestigt.

UNO-Sicherheitsrat: völlig unzureichendes Reförmchen

Auch die notwendigen Reformen des Sicherheitsrates, die seit Langem von einer sehr grossen Mehrheit der 193 Mitgliedsländer gefordert werden, ist infolge von Putin-Russlands Ukraine-krieg in noch weitere Ferne gerückt. Zwar gelang Ende April ein kleines Reförmchen: Die Generalversammlung verabschiedete unter dem Eindruck des Vetos, mit dem die Regierung Putin am 24. Februar im Sicherheitsrat die Verurteilung ihres Überfalls auf die Ukraine verhindert hatte, einen bereits vor zwei Jahren von Liechtenstein eingebrachten Vorschlag zur Schaffung von mehr Transparenz. Nach diesem Vorschlag sollen die fünf ständigen Ratsmitglieder künftig ein von ihnen eingelegtes Veto innerhalb von zehn Tagen vor der Generalversammlung öffentlich erklären. Diese hätte dann die Möglichkeit, über das Veto zu debattieren sowie eventuell eine zu diesem Veto konträre Resolution zu verabschieden.

Fortsetzung Seite 8

Die Schweiz und 82 weitere Staaten unterstützten den Resolutionsentwurf Liechtensteins, darunter auch die USA. Von Frankreich und Grossbritannien kam keine offizielle Unterstützung, aber auch kein Widerspruch. Russland und China hielten sich bedeckt. Wie diese vier ständigen Mitglieder abgestimmt hätten, blieb schliesslich offen. Denn angesichts der grossen Zahl von insgesamt 84 Einbringern des Resolutionsentwurfs wurde dieser nur per Akklamation, ohne formale, namentliche Abstimmung, verabschiedet. Ohnehin ist die Resolution – wie alle Resolutionen der Generalversammlung – unverbindlich, sodass sich die fünf ständigen Vetomächte im Ernstfall nicht daran halten müssen.

Neue UNO-Regelung erfolgreicher?

Kommt hinzu, dass diese neue Regelung nur greift, wenn tatsächlich bei einer formalen Abstimmung im Sicherheitsrat ein Resolutionsentwurf per Veto verhindert wurde. Hätte diese Regel schon in den letzten Jahren bestanden, wäre in in erster Linie Russland unter Erklärungsdruck vor der Generalversammlung geraten – allein schon wegen der sieben Vetos gegen Resolutionsentwürfe zum Syrienkonflikt seit 2012. Die – im Ergebnis ebenso «erfolgreiche» – Praxis der USA war es bislang eher, bereits bei den informellen Sondierungen unter den Ratsmitgliedern über eine etwaige Resolution durch die Androhung eines Vetos zu verhindern, dass es überhaupt zu einer formalen Abstimmung im Sicherheitsrat kommt.

Aber in der Substanz hat die von Liechtenstein initiierte neue Transparenzregel die ungerechten und historisch überholten Machtverhältnisse innerhalb der UNO und insbesondere im Sicherheitsrat nicht verändert. Gut möglich allerdings, dass diese neue Regel in den kommenden Jahren häufiger zur Anwendung kommt. Denn infolge des Ukrainekrieges – wie auch immer er militärisch ausgeht – wird sich die Konfrontation der letzten Jahre zwischen Russland und den drei westlichen Vetomächten und Nato-Mitgliedern USA, Frankreich und Grossbritannien kurz- und mittelfristig noch verschärfen und damit auch die Blockade des obersten UNO-Gremiums.

Die neue Rolle Chinas in der UNO

Wie sich China in dieser Konstellation künftig verhalten wird, ist zwar noch offen. Und darüber wird auch in Peking

noch beraten. Infolge des Ukrainekrieges ist die Wahrscheinlichkeit, dass es im Sicherheitsrat auf längere Sicht bei einer Frontstellung zwischen den drei westlichen Vetomächten und einem Bündnis zwischen Russland und China bleibt, jedoch gestiegen. Selbst wenn die Interessen Chinas an guten Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern und Absatzmärkten USA und EU dem entgegenstehen sollten.

Die Befürworter der Konfrontation in Peking werden wiederum bestärkt durch die Bestrebungen der Biden-Administration, nicht nur die europäischen Nato-Partner für ein gemeinsames Vorgehen gegen China zu gewinnen, sondern auch grosse Staaten des asiatisch-pazifischen Raums (Indien, Japan, Australien, Südkorea, Indonesien u.a.) in ein antichinesisches Bündnis einzubinden und durch Assoziationsabkommen mit der Nato zu verbinden. Bestrebungen, die bei Präsident Bidens erster Asienreise Mitte Mai im Vordergrund standen. Und die Stimmen, die in Washington bislang dafür plädiert hatten, Russland als Bündnispartner gegen den globalen Hauptrivalen China zu gewinnen statt auf die Spaltung zwischen Russland und der EU zu setzen, sind durch den Ukrainekrieg zunächst einmal völlig in die Defensive geraten.

Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle

Der Krieg könnte auch dazu führen, dass der letzte Konsens, der zwischen den fünf ständigen Mächten des Sicherheitsrates (P5) bislang noch herrschte, zerbröckelt. Bei dem Versuch, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, zogen die P5 in den letzten 50 Jahren seit Verabschiedung des Vertrages zur Nichtverbreitung von Atomwaffen (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT) immer am selben Ende des selben Stricks. Das galt zuletzt sowohl für die Verhandlungen mit Teheran zur Rettung des Abkommens über das iranische Nuklearprogramm wie für das Handeln gegenüber den Atomwaffenbestrebungen Nordkoreas.

Und auch gegenüber den «restlichen» 184 Vertragsstaaten des NPT verteidigten die fünf offiziellen Atomwaffenmächte ihr fragwürdiges Privileg und ihren Unwillen zur – im NPT zugesagten – Abrüstung ihrer Arsenale stets geschlossen. Einig waren sich die P5 auch in der Ablehnung des UNO-Abkommens zum Verbot von Atomwaffen,

das die Generalversammlung 2017 beschlossen hatte.

Iran: gemeinsame Front bröckelt

Doch die gemeinsame Front könnte jetzt bröckeln. Einige Beobachter der Verhandlungen mit Iran befürchten, dass die Regierung Putin aus der gemeinsamen Haltung gegenüber Teheran ausscheren könnte – und sei es zunächst auch nur aus «sachfremden» Gründen: Bereits im März hatte Russlands Ausserminister Sergey Lavrow bei den Verhandlungen in Wien Ausnahmeregelungen gefordert für die von den USA und der EU nach dem Überfall auf die Ukraine verhängten Wirtschaftssanktionen, damit diese nicht den Handel zwischen Russland und Iran behindern.

Möglich ist auch, dass die iranische Regierung das Interesse an der Wiederbelebung des Nuklearabkommens und der damit verbundenen Aufhebung der US-Sanktionen gegen Iran verlieren könnte. Denn aufgrund der deutlich gestiegenen Weltmarktpreise für Öl und Gas verdient Iran inzwischen vor allem durch die gesteigerten Exporte nach China wieder sehr viel Geld aus dem Verkauf fossiler Energien. Auch Russland hat ein Interesse daran, dass die Weltmarktpreise für Öl und Gas möglichst hoch bleiben. Sollte das Iran-Abkommen endgültig scheitern, ist ein militärisches Vorgehen der USA, Israels und Saudi Arabiens gegen Iran ebenso zu befürchten wie ein Rüstungswettlauf mit Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten unter Beteiligung von Ländern wie Saudi Arabien, Türkei, Ägypten, Israel und Iran.

Nicht die erste Atomwaffendrohung

Doch selbst wenn dieses Szenario nicht eintritt und die P5 mit Blick auf Iran und auch auf Nordkorea bei ihrer bisherigen gemeinsamen Linie bleiben sollten: Der Ukrainekrieg – auch wenn er nicht, wie manche befürchten, nuklear eskaliert – beeinflusst und verändert die Wahrnehmung von Atomwaffen in einer Weise, die im Ergebnis wahrscheinlich zu grösseren Instabilitäten und Risiken führen werden. Zum Einen hat die Regierung Putin ziemlich unverhohlen mit dem Einsatz atomarer Waffen gedroht. Anders als in zahlreichen Politikeräusserungen und Medienberichten behauptet wird, ist das zwar keineswegs das erste Mal, dass eines der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des UNO-Sicherheitsrates eine derartige Drohung ausspricht.



Vor ihrem völkerrechtlichen Krieg der USA gegen Irak im Frühjahr 2003 drohten sowohl Präsident George Bush wie Pentagonchef Donald Rumsfeld dem irakischen Diktator Saddam Hussein öffentlich mit dem Einsatz von Atomwaffen. Und zwar nicht nur für den Fall, dass Hussein seinerseits die von Washington damals zur Kriegsrechtfertigung behaupteten, aber gar nicht existenten irakischen Massenvernichtungswaffen einsetzt.

Rumsfeld drohte auch ausdrücklich den Einsatz von US-Atomwaffen zur Zerstörung unterirdischer Bunker im Irak an. Der am Krieg beteiligte britische Premierminister Tony Blair machte sich diese Drohungen der Bush-Administration zu eigen. Und im Irakkrieg vom Frühjahr 1991 liess die damalige Administration von Georg Bush senior Saddam Hussein nicht-öffentlich wissen, dass auf den US-Kriegsschiffen im Persischen Golf Atomwaffen stationiert seien. Schliesslich drohte US-Präsident Donald Trump im September 2016 in

seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York Nordkorea mit dem «atomaren Feuertod».

Atomwaffen sind kein Instrument der Abschreckung mehr

Putins aktuelle Drohung hat allerdings weitreichendere Folgen:

Erstens: Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte die Sowjetunion und dann auch Russland auf die bis dato in der Nuklearstrategie enthaltene Optionen verzichtet, in einem bewaffneten Konflikt als Erster Atomwaffen einzusetzen sowie Atomwaffen gegen ein nicht-atomares Land einzusetzen. Die Nuklearstrategie der Nato hingegen sieht diese beiden Optionen bis heute vor. Mit seiner Drohung zum Atomwaffeneinsatz – sei es mit «strategischen Streitkräften» gegen die USA oder mit taktischen Atomwaffen gegen Ziele in der Ukraine – hat Putin Moskaus Verzichtserklärungen praktisch obsolet gemacht.

Zweitens: Putin kann seinen konventionellen Krieg gegen die Ukraine

nur deshalb weiterführen, weil er mit dem Atomwaffeneinsatz droht. Damit verhindert er jegliches direkte, über Waffenlieferungen an die Ukraine hinausgehende Eingreifen der Nato oder anderer dritter Staaten – und sei es auch nur die Schaffung einer Flugverbotszone. Die Nato müsste bei einem Eingreifen nicht nur den Einsatz russischer Atomwaffen befürchten, sondern sie weiss, dass sie dann auch selber schnell unter den Eskalationsdruck ihrer eigenen Militärstrategie zum Einsatz von Atomwaffen geraten würde.

Im Gegensatz zu allen offiziellen sicherheitspolitischen Doktrinen zeigt dieser Krieg also, dass Atomwaffen kein funktionierendes Instrument zur Abschreckung von Kriegen sind, sondern dass sie fortgesetzte Führung eines konventionellen Angriffskrieges erst ermöglichen. Die Atomwaffen Russlands sind im Ukrainekrieg also indirekte Kriegsführungswaffen, die Atomwaffen

Fortsetzung Seite 10

der Nato jedoch untaugliche Instrumente zur Verhinderung oder Beendigung des Krieges. Damit ist dieser Krieg ein schlagendes Instrument für die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Atomwaffen und dem Beitritt zu dem UNO-Verbotsabkommen.

Modernisierung statt Abschaffung

Drittens: Tatsächlich geschieht jedoch das genaue Gegenteil. Die USA und ihre Nato-Verbündeten instrumentalisieren den Ukrainekrieg zur Bekräftigung ihrer Atomwaffenpolitik und zur beschleunigten Durchführung der «Modernisierung» und Aufrüstung ihrer atomaren Potenziale. Deutlichstes Beispiel hierfür ist Deutschland, wo alle noch vor dem Krieg geführten kritischen Diskussionen zur sogenannten «nuklearen Teilhabe» des Landes verstummt sind. Stattdessen wird die Beschaffung neuer US-Kampfflugzeuge für die Bundesluftwaffe zum künftigen Einsatz der in Büchel stationierten und derweil modernisierten US-Atombomben jetzt im Eiltempo und mit Sonderhaushaltsmitteln durchgezogen.

Auch auf russischer Seite geht die «Modernisierung» und Aufrüstung der atomaren Waffenarsenale weiter. Die von Putin Anfang 2018 angekündigte und inzwischen in ersten Exemplaren an die russische Luftwaffe ausgelieferten Hyperschallraketen vom Typ Kinschal (Dolch) können laut einer Mitteilung des Militärministeriums in Moskau auch mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Sie sollen nach ihrem Abschuss von einem MIG-31-Kampfflugzeug mit 12'350 Stundenkilometern die sechsfache Schallgeschwindigkeit erreichen und Ziele in bis zu 2000 Kilometer Entfernung zerstören können mit einer Zielungenauigkeit von maximal einem Meter.

Zudem sind sie sehr manövrierfähig, können ihren Kurs noch im Flug verändern und damit auch mobile Ziele treffen. Seit Beginn des Krieges hat Russland bis Mitte Mai nach eigener Darstellung bereits mehrfach (nach Angaben des Pentagon «zehn bis zwölf Mal») mit konventionellen Sprengköpfen bestückte «Kinschal»-Raketen eingesetzt. Zumeist gegen ukrainische Militäranlagen und unterirdische Bunker.

Hyperschallraketen destabilisieren

Offensichtlich in Reaktion auf diese Einsätze gab das Kommando der US-amerikanischen Luftwaffe am 17. Mai

den «erfolgreichen Test» einer neu entwickelten US-amerikanischen Hyperschallrakete vor der kalifornischen Küste bekannt. Auch diese Rakete mit der Typenbezeichnung AGM-183A Rapid Response Weapon (ARRW) kann mit Atomsprengköpfen bestückt werden. «Wir tun alles, was wir können, um diese bahnbrechende Waffe so schnell wie möglich für den Kampfeinsatz bereitzustellen», teilte das Luftwaffenkommando mit.

Die neue Hyperschallrakete erweitere die Fähigkeiten der US-Streitkräfte für Präzisionsschläge. Mit dem erfolgreichen Test habe die US-Luftwaffe «Geschichte gemacht». Durch die Ausrüstung der russischen und der US-amerikanischen Luftstreitkräfte mit Hyperschallraketen, die aufgrund ihrer technischen Fähigkeiten die Vorwarnzeiten für den Gegner und seine Möglichkeit zur Abwehr gegen Null reduzieren, wird das System der gegenseitigen Abschreckung auf gefährliche Weise destabilisiert.

Schwächung der atomaren Nonproliferation

Viertens: Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine schwächt die politische Bindekraft des NPT ebenso wie der US-amerikanisch/britische Krieg gegen Irak im Jahr 2003. «Hätte Saddam Hussein tatsächlich atomare Massenvernichtungswaffen gehabt, wie ihm von Washington und London zu Unrecht vorgeworfen wurde, dann wäre der Irak nicht angegriffen und er nicht gestürzt worden.» Diese Schlussfolgerung wurde damals in vielen Hauptstädten vor allem im Globalen Süden aus dem Irakkrieg gezogen, aber auch in so manchen friedens- und sicherheitspolitischen Debatten in westlichen Ländern.

Damit wurden Zweifel genährt am NPT und die Meinung befördert, die Beschaffung von Atomwaffen sei die einzig verlässliche Versicherung für ein Land gegen einen Angriff von aussen. Derselbe Effekt ist auch infolge des Ukrainekrieges zu beobachten. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski leistet diesen Zweifeln und Meinungen Vorschub mit seiner Behauptung, die Ukraine wäre nicht angegriffen worden, wenn sie sich 1994 nicht auf das jetzt von Russland verletzte Budapester Memorandum eingelassen hätte.

Die Ukraine hatte nie eine atomare Abschreckungskapazität

Doch diese auch von vielen westlichen

PolitikerInnen und Medien verbreitete Behauptung ist eine Legende. Richtig ist: Mit dem Budapester Memorandum verzichtete die Ukraine (ebenso wie Belarus und Kasachstan) im Gegenzug zu Garantien Russlands, der USA und Grossbritanniens für ihre staatliche Souveränität und die Sicherheit ihrer Grenzen zwar auf die Atomwaffen, die noch aus Zeiten der Sowjetunion auf ihrem Territorium lagerten. Doch die operative Kontrolle und Verfügungsgewalt zum Einsatz dieser Atomwaffen (auch jener auf den Territorien von Belarus und Kasachstan) lag immer in Moskau.

Die Ukraine hatte niemals eine atomare Abschreckungskapazität, auf die sie mit dem Budapester Memorandum verzichtet hätte und die sie ohne diesen Verzicht heute vor dem Überfall Russlands bewahrt hätte. Im Übrigen war das vorrangige Interesse der Regierungen in Washington, London und Moskau an der Vereinbarung des Budapester Memorandums nicht, drei neue Atomwaffenstaaten zu verhindern, sondern die Sorge, die Sprengköpfe oder atomares Spaltmaterial könnten aus den drei ex-sowjetischen Republiken in Drittländer gelangen oder in die Hände von Terroristen oder anderer nicht-staatlicher Gewaltakteure.

Globale Hungerkrise droht

Über die beschriebenen schädlichen Auswirkungen von Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine hinaus wird dieser Krieg möglicherweise im Globalen Süden zu einer der grössten Ernährungskrisen und Hungerkatastrophen mindestens seit Ende des Kalten Krieges. Mit Opfern, die anzahlmässig jene in der Ukraine durch den russischen Angriff unmittelbar getöteten und verwundeten Zivilisten und Soldaten weit übertreffen könnte.

Schon jetzt ist absehbar, dass Staaten wie zum Beispiel Ägypten, deren Versorgung mit Weizen zu über zwei Drittel von Importen aus der Ukraine abhängig sind, wegen der russischen Blockade der ukrainischen Häfen am Asowschen Meer spätestens ab Herbst dieses Jahres grosse Teile der eigenen Bevölkerung nicht mehr ernähren könnten. Es drohen noch grössere humanitäre Katastrophen als in den letzten Jahren in Syrien und im Jemen. Entsprechend gross wird die Herausforderung für die UNO, ihre humanitären Unterorganisationen und vor allem für die wohlhabenderen unter den 193 Mitgliedsstaaten sein, diese Katastrophe zumindest abzumildern.

Türkische Militäroperationen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan setzt die Nato unter Druck: Als Preis für die Norderweiterung sollen die KurdInnen auf dem Altar der Geopolitik geopfert werden.

/ Amalia van Gent /

Ist die Türkei noch ein verlässlicher Partner der westlichen Allianz? Oder fungiert sie eher als ein verkapptes trojanisches Pferd Russlands innerhalb der Nato? Diese Fragen spalten die westliche Welt, seit die Türkei Mitte Mai dem Nato-Beitritt von Schweden und Finnland mit ihrem Veto einen Riegel vorgeschoben hat. Dabei stellt der Beschluss beider skandinavischen Länder, ihre jahrzehntelange Neutralität aufzugeben, eine der dramatischsten Veränderungen in der Sicherheitspolitik Europas dar. Die Allianz habe «den legitimen Sicherheitsbedenken Ankaras mit konkreten Schritten» Rechnung zu tragen, begründete Erdogan einer verblüfften Nato-Runde sein Veto. Unmissverständlich stellte er klar: Wollten die Beitrittskandidaten ihren Beitritt «erwirken», müssten sie zuvor eine Liste von Ankaras Forderungen erfüllen.

Diese Liste beinhaltet eine Freigabe von Waffenexporten in die Türkei. Finnland, Schweden und andere europäische Länder hatten 2019 ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt, weil die türkische Armee in den kurdischen Nordosten Syriens einmarschiert war, kurdische Städte und Dörfer zerstörte, abertausende Zivilisten in die Flucht trieb und damit krass gegen das Völkerrecht versties. Zu den Forderungen der Türkei gehört ferner die Auslieferung «von 28 Terrorismusverdächtigen aus Schweden und 12 aus Finnland». Es gebe «keine rechtliche oder juristische Grundlage», diese nicht auszuliefern, fügte eine Woche später der einflussreiche Pressesprecher des Präsidenten, Ibrahim Kalin, hinzu.

Spaltung in der NATO

Ist die Türkei überhaupt Nato-konform? Diese Frage hat das vom Krieg in der Ukraine verunsicherte Bündnis in zwei Lager gespalten. Eine Gruppe um den

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg will «Verständnis» für die Einwände der Türkei zeigen: «Kein anderer Nato-Verbündeter hat mehr terroristische Angriffe erlitten als die Türkei und kein anderer Nato-Verbündeter nimmt mehr Flüchtlinge auf als die Türkei», betonte er Ende Mai. Jens Stoltenberg trat in unterschiedlichen Konflikten oft wie ein Botschafter der Türkei auf: Dass die türkische Armee dreimal völkerrechtswidrig in den Norden Syriens einmarschiert ist und Teile des Nachbarlandes annektiert hat, übersah er gerne.

Er schwieg auch eisern, als die türkische Luftwaffe den Nordirak grossflächig bombardierte. Die Türkei sei schon aufgrund ihrer geostrategischen Lage ein «wichtiger Nato-Verbündeter», wiederholt er bei jeder Gelegenheit. Stoltenberg soll Finnland und Schweden ermutigt haben, Ankara entgegenzukommen. Für eine «Einigung» der Nato-Kandidaten und der Türkei soll sich auch der US-Aussenminister Antony Blinken ausgesprochen haben.

In Geiselhaft der Türkei

In der Brüsseler Nato-Zentrale sind die Stimmen der Neinsager ebenso laut: Die türkische Regierung halte alle 29 Nato-Mitglieder und die zwei Kandidaten in Geiselhaft, empörte sich etwa Stefanie Babst, eine ehemals hochrangige Beraterin der Nato. «Ich halte es persönlich für absolut inakzeptabel.» Allgemein teilt man in Brüssel die Meinung, dass die Ukraine-Krise Erdogan einen neuen Spielraum für «Basar-Verhandlungen» verschafft habe, und dass er diesen Spielraum auch grosszügig ausnütze.

Auch hier warnt man vor einer Aushöhlung der bislang unangefochtenen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von Schweden und Finnland. Die Türkei sei zwar Mitglied der NATO, aber unter Präsident Erdogan bekenne sie sich nicht mehr zu den Werten, die diesem grossen Bündnis zugrunde liegen, stand in einem Meinungsartikel im Wall Street Journal vom 18. Mai. Der Artikel schloss mit dem Vorschlag: «Vielleicht ist es an der Zeit, ein Verfahren für den Ausschluss eines Mitgliedstaates einzuführen.»

Neue «Operation» in Nordsyrien

Der türkische Präsident brüstet sich gerne damit, auf dem internationalen Parkett hoch zu pokern. So kündigte er Ende Mai eine neue «Operation» im kurdischen Nordosten Syriens an. Ziel sei es, «eine 30 Kilometer tiefe Sicherheitszone entlang der südlichen Grenze zu schaffen», erklärte er nach einer Kabinettssitzung – und löste damit in Washington, in Brüssel und in Stockholm neue Schockwellen aus. Erdogan benutze «Schweden und Finnland als Vorwand, um Joe Biden herauszufordern», urteilte Yavuz Baydar, Chefredaktor der Internetplattform Ahval. Auch die Ankündigung der neuen Operation in Syrien soll nach Ansicht von Baydar vor allem Biden treffen.

Erdogan wirft Biden vor, im syrischen Nordosten die «Terroristen» der kurdischen Milizeinheiten der YPG, einer kurdischen Miliz in Syrien, zu unterstützen und damit die Sicherheit der Türkei zu gefährden. Die USA und Schweden pflegen seit 2015 gute Beziehungen zur YPG. Die Regierungen in Washington und Stockholm haben nicht vergessen, dass es vor allem Frauen und Männer der YPG waren, die den Kampf gegen die IS-Terrormiliz geführt und gewonnen haben. Sie hegen Sympathien gegenüber dieser Partei, die in ihren politischen Strukturen eine Frauenquote von 40 Prozent eingeführt hat – für den Nahen Osten ein absolutes Novum.

Im Gegensatz zu den USA betrachtet Ankara die YPG jedoch als Terrorgruppe und fordert ihre Alliierten auf, die syrische YPG wie auch die kurdische Arbeiterpartei PKK zu verbieten. Die PKK, die in der Türkei seit 1984 einen bewaffneten Kampf für eine Autonomie der kurdischen Minderheit des Landes führt, wird in den USA und der EU als terroristische Organisation eingestuft. Am 27. Mai hat der mächtige Sicherheitsrat der Türkei grünes Licht für die «neue Operation» in Syrien gegeben. Eine der grössten Tragödien unserer Zeit ist, dass man nicht alles daran gesetzt hat, um den drohenden Krieg in der Ukraine zu verhindern. Wird derselbe Fehler auch an der syrisch-türkischen Grenze wiederholt?

Der (gekürzte) Beitrag erschien auf Infosperber.

Das Sanktionsregime gegen Russland

Der Krieg der Atommacht Russland gegen die Ukraine hat zu einer Verhängung weitreichender Sanktionsmassnahmen einer Vielzahl von Staaten geführt. Der friedenspolitische Nutzen von Sanktionen ist jedoch umstritten, da die Einschätzung der Möglichkeiten, die beabsichtigten Ziele zu erreichen, eher pessimistisch stimmt, die Erwartung nicht-beabsichtigter Folgen problematisch ist und die Gefahr einer durch die Sanktionen stimulierten eskalierenden Dynamik nicht von der Hand zu weisen ist. Wie können wir also die multilateralen Sanktionen gegen Russland friedenspolitisch einordnen?

/ Sascha Werthes und Melanie Hussak /

Sanktionen sind ein beliebtes und viel genutztes Mittel uni-, pluri- und multilateraler Politik – so auch im Fall des russischen Krieges gegen die Ukraine. Nicht nur als Mittel der Interessendurchsetzung einzelner oder weniger Staaten, sondern ebenso in ihrer multilateralen und transnationalen Form werfen Sanktionen jedoch einige friedenspolitische und friedensethische Fragen auf (siehe dazu auch Schweitzer und Lohrer 2019).^{*} Die zum Teil hitzig geführten friedenspolitischen Debatten entstehen hierbei nicht nur aufgrund von Überlegungen zu ihrer umstrittenen politischen Wirksamkeit (Peksen 2019).

Vielmehr ist mittlerweile gut dokumentiert, dass umfassende wie auch gezielte Sanktionsregime negative sozioökonomische, politische sowie humanitäre Folgen für die Bevölkerung im jeweils adressierten Zielstaat, im Sendestaat als auch in Drittstaaten haben können (Meissner und Mello 2022, Early und Peksen 2022). Wir unternehmen daher einige friedenspolitische Reflexionen zu Missverständnissen, Erwartungen sowie den friedensethischen Dilemmata mit Blick auf das multilaterale Sanktionsregime gegen Russland.

Zwangsbewehrung statt Machtmittel

Aus unserer Sicht gilt es zwei miteinander verwobene Diskussionsstränge

über Sanktionen als friedenspolitisches Instrument klar zu unterscheiden. Zum einen die argumentative Fokussierung auf (zumeist uni- oder plurilaterale) Sanktionen als Mittel einer interessengeleiteten Machtpolitik, um (die eigenen) Interessen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen. Zum anderen ein Verständnis von Sanktionen als Mittel zur Zwangsbewehrung von Normen, um diese zu erhalten oder auch durchzusetzen.

Im ersteren Falle birgt die vermeintliche Sanktionspolitik augenscheinlich ein hohes Risiko der Konflikteskalation. Massnahmen einer interessengeleiteten Machtausübung werden eventuell mit Gegenmassnahmen beantwortet, welche wiederum in Reaktion hierauf zu weiteren oder verschärften Massnahmen führen können. Zudem sind Machtausübungen dieser Art auch nur erfolgversprechend, wenn man aus der Position des vermeintlich Stärkeren eine asymmetrische Kräftekonstellation für sich nutzen kann.

Massnahme der sozialen Kontrolle?

Allerdings dokumentiert die «Global Sanctions Data Base» in der Auswertung der zwischen 1950 bis 2019 erfassten Sanktionsepisoden nur rund ein Drittel der Fälle als erfolgreich (Christen und Felbermayr 2022). Entlang dieser Betrachtungen bringt Lohrer (2019) Sanktionen mit reiner Machtpolitik in einen Zusammenhang und lehnt sie als Instrument einer Friedenspolitik zu Recht ab. Denn «nicht jede Machtausübung ist eine Sanktion, sondern nur die, die mit dem Anspruch auftritt, einer allgemeinen Norm zur Geltung zu verhelfen» (Daase 2019). Entscheidend für eine friedensethische Bewertung, so kann man argumentieren, ist daher die argumentativ überzeugende und nicht nur deklaratorische Berufung auf und die Rechtfertigung von allgemeinen Normen, zu deren Erhalt politische oder wirtschaftliche Zwangsmassnahmen verhängt werden.

Dies bringt uns zum zweiten Diskursstrang. Hier sollen Sanktionen «als eine Massnahme der sozialen Kontrolle verstanden werden, also als Reaktionen anderer auf normgemässes oder von der

Norm abweichendes Verhalten eines Sanktionsadressaten» (Werthes 2019). Auch wenn hier ebenfalls grundsätzlich die Gefahr besteht, dass Sanktionen zu einer Konflikteskalation beitragen können, so ist die zugrunde liegende Handlungslogik eine fundamental andere. Eine normativ erwünschte Ordnung soll durch die Zwangsbewehrung der entsprechend formulierten Prinzipien und Normen stabilisiert werden.

Eine rechtspazifistische Position

Genau auf dieser Idee beruht auch das System der kollektiven Sicherheit, wie es in der UNO-Charta verankert ist und welches das in der Charta verankerte Gewaltverbot (Art. 2.4) im Sinne einer internationalen Friedensordnung absichern soll. Durch ihre Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen haben Staaten grundsätzlich ihre Akzeptanz zu den in der Charta verankerten Prinzipien und Normen erklärt. Das damit verbundene System kollektiver Sicherheit basiert auf der Vorstellung, dass Akteure von Angriffshandlungen sowie von einer friedensbedrohenden oder friedensbrechenden Politik (Art. 39) abgehalten werden, wenn ihnen sonst kollektive nicht-militärische (Art. 41) oder gar militärische Zwangsmassnahmen (Art. 42) drohen.

Folgt man den Ausführungen Daases, so wird hier eine rechtspazifistische Position sichtbar. Die Chance zur Überwindung von Krieg (und Gewalt) wird hier in der rechtlich gestützten Monopolisierung von Zwangsgewalt bei einer internationalen Organisation gesucht. Die friedensethische Legitimität hängt somit von ihrer Normfundierung sowie ihrer regelbasierten Verhängung ab. Eine solche rechtspazifistische Position akzeptiert also das «traurige Notmittel» Sanktionen als friedenspolitische Option «unter bestimmten Voraussetzungen» (Schweitzer 2019).

Friedenspolitische Erfolgsparameter von Sanktionsregimen

Hiermit einher geht eine weitere für eine kritische friedenspolitische Debatte über Sanktionen wichtige Überlegung. Die in einer solchen rechtspazifistischen Argumentation verankerte normati-

^{*} Literatur zu den zitierten AutorInnen am Schluss.

ve Rechtfertigungsnotwendigkeit von Sanktionen verändert die Erfolgsparameter von Sanktionen. Denn der Aspekt einer machtpolitischen Instrumentalisierung von Sanktionen verliert an Bedeutung.

Insofern die Bekräftigung einer allgemeinen Norm die Hauptfunktion von Sanktionen ist und nicht unbedingt die Erzwingung eines bestimmten Handelns, können auch macht- und gewaltlose Sanktionen erfolgreich sein. Entsprechend argumentiert denn auch Daase (2019): «Sanktionen scheitern nicht dadurch, dass sie eine beabsichtigte Verhaltensänderung nicht erreichen, sondern allenfalls dann, wenn die Berufung auf die zugrunde liegende Norm nicht gelingt und die Sanktion zu Recht als illegitimer Zwang angesehen wird.»

Keine voraussetzungslose Legitimierung

Aus rechtspazifistischen Überlegungen heraus stellt damit die Annahme der Resolution zur Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine am 2. März 2022 durch 141 Mitgliedstaaten der UNO eine beeindruckende Missbilligung unter Verweis auf allgemeine Normen (u.a. das allgemeine Gewaltverbot, Recht auf territoriale Integrität, Prinzipien des humanitären Völkerrechts) dar.

Auf Grundlage dieser Resolution lässt sich die Zwangsbewehrung dieser Normen mittels Sanktionen friedenspolitisch rechtfertigen. Aus friedenspolitischen Überlegungen heraus sollte jedoch eine rechtspazifistische Rechtfertigungsmöglichkeit von Zwangsmassnahmen nicht als voraussetzungslose Legitimierung aller beliebigen Zwangsmassnahmen missverstanden werden. Weitere friedenspolitische Überlegungen sind notwendig.

Friedenspolitische Prüfung der Angemessenheit

Die Zwangsbewehrung von Normen sollte in «friedenspolitischer Absicht» erfolgen. Zwangsmassnahmen und ihre Aufhebungsbedingungen sollten mit dem Ziel verhängt werden, die Bedingungen eines gewaltfreien Zusammenlebens zu bewahren oder (wieder) herzustellen (Werthes). Dies bedeutet, Sanktionsmassnahmen zu vermeiden, die zu einer Eskalation des Konflikts beitragen und eine Transformation und Konfliktbearbeitung erschweren. Die Verhängung von Sanktionen mit dem



expliziten oder impliziten Ziel, einen Regierungswechsel im Zielland herbeizuführen, sind daher friedenspolitisch problematisch, da sie die Fronten verhärten und einen diplomatischen Dialog erschweren.

Entsprechend sind auch Reisebeschränkungen – zumindest vorübergehend – aufzuheben, damit Regierungsverantwortliche und gegebenenfalls weitere politische Eliten des Landes an diplomatischen Gesprächen teilnehmen können. Die Einbettung von Sanktionsmassnahmen in eine perspektivisch über Jahrzehnte andauernde Eindämmungsstrategie gegenüber Russland – ganz gleich, wie sich die Lage in der Ukraine entwickelt – wie sie Lake (2022) einfordert, mag aus sicherheitspolitischer Sicht plausibel erscheinen, eine friedenspolitische Absicht ist hier jedoch nur noch schemenhaft zu erkennen.

Hohes Mass an Flexibilität erforderlich

Die «ultima ratio» der Zwangsbewehrung von Normen muss es sein, unter allen geeigneten Mitteln die jeweils gewaltärmsten Mittel vorzuziehen. Dies beinhaltet auch die beständige Suche nach alternativen, gegebenenfalls positiven oder gewaltärmeren Sanktionen,

mit denen die friedenspolitischen Ziele ebenfalls verfolgt werden können. Zwangsbewehrung sollte in diesem Sinne ein Kontinuum ausnutzen, bei dem unterschiedliche soziale, politische, ökonomische Kosten auferlegt werden, um ein bestimmtes Verhalten zu fördern (Daase 2019).

Eng verbunden ist hiermit das Kriterium der Verhältnismässigkeit der Mittel: Umfang, Dauer und Intensität der Zwangsmassnahmen sind auf dasjenige notwendige Mindestmass zu begrenzen, welches eine Aussicht auf Erfolg offeriert. Im Sinne eines Unterscheidungsprinzips sind nicht direkt beteiligte beziehungsweise nicht verantwortliche Personen, Gruppen und Einrichtungen so weit es geht zu schonen. Mit Blick auf politisch-institutionelle, ökonomische, soziale, kulturelle, ökologische und insbesondere auch humanitäre Folgen von Zwangsmassnahmen gilt es eine Verhältnismässigkeit der Folgen zu beachten.

Eine friedenspolitisch akzeptable Sanktionspolitik erfordert in diesem Sinne ein hohes Mass an Flexibilität, da auf die Dynamiken des Konflikts schnell und angemessen reagiert werden sollte.

Fortsetzung Seite 14

Die Entschärfung oder vorübergehende Aufhebung der Sanktionsmassnahmen gilt es zu überlegen, sofern sich Gelegenheitsfenster im Sinne von «Reife-Momenten» (Zartmann 2022) für eine diplomatische Bearbeitung des Konflikts abzeichnen.

Schlussbemerkungen

Wladimir Putin hat mit seiner irredentistischen, expansionistischen Aggressionspolitik gegen die Ukraine nicht zum ersten Mal die Gültigkeit der in der UNO-Charta verankerten Prinzipien und Normen missachtet und damit eben auch infrage gestellt. Die klare Missbilligung seiner Aggression gegen die Ukraine durch die Generalversammlung war ein wichtiges, überzeugendes und notwendiges Signal mit dem Anspruch, den in friedenspolitischer Absicht formulierten allgemeinen Normen (u.a. Gewaltverbot) zur Geltung zu verhelfen, die Gültigkeit aufrechtzuerhalten und eine Beachtung einzufordern. Wäre dies nicht erfolgreich gelungen, stünde die Büchse der Pandora weit offen. In allen Regionen der Welt würde sich das Risiko erhöhen, dass andere seinem Beispiel folgen.

Die in Verbindung hierzu stehenden regelmässig neu zu befristenden multilateral abgestimmten Sanktionsmassnahmen mit der Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen und Wiederherstellung der territorialen Integrität können somit für sich eine rechtspazi-

fistische Normfundierung in Anspruch nehmen. Die Sanktionen gegen russische Finanzinstitute, den Energiesektor, den Verkehrssektor, den Technologiesektor, gegen die Medien sowie Sanktionen gegen PolitikerInnen, Geschäftsleute und Oligarchen sind weitreichend.

Ein Sanktionsregime dieser Art gegen eine G-20-Wirtschaftsnation mit einem ausgeklügelten militärisch-industriellen Komplex und einem diversifizierten Korb von Rohstoffexporten hat es bisher noch nicht gegeben. Die sozioökonomischen und politischen Folgen dieser Sanktionsmassnahmen in Verbindung mit den Kosten und Folgen, die Putins Aggressionspolitik als solche produziert, sind schwer genau zu prognostizieren, werden jedoch nicht nur für die russische Bevölkerung gravierend sein.

Diesbezüglich beschreibt Mulder (2022) vier Problematiken, die schon mit den bisherigen Sanktionsmassnahmen einhergehen: Spillover-Effekte in benachbarte Länder und Märkte, Verstärkungseffekte durch Divestment des Privatsektors, Eskalationseffekte in Form russischer Antworten und (negative) systemische Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Hinzuzufügen sind negative politische und humanitäre Folgen in Russland und weiteren Staaten.

Dies stellt ein friedenspolitisches Dilemma dar, welches jedoch nicht dazu führen sollte, die bisherigen gezielten und selektiven Sanktionsmassnahmen aus friedenspolitischen Erwägungen heraus vorschnell abzulehnen. Sanktionen sind

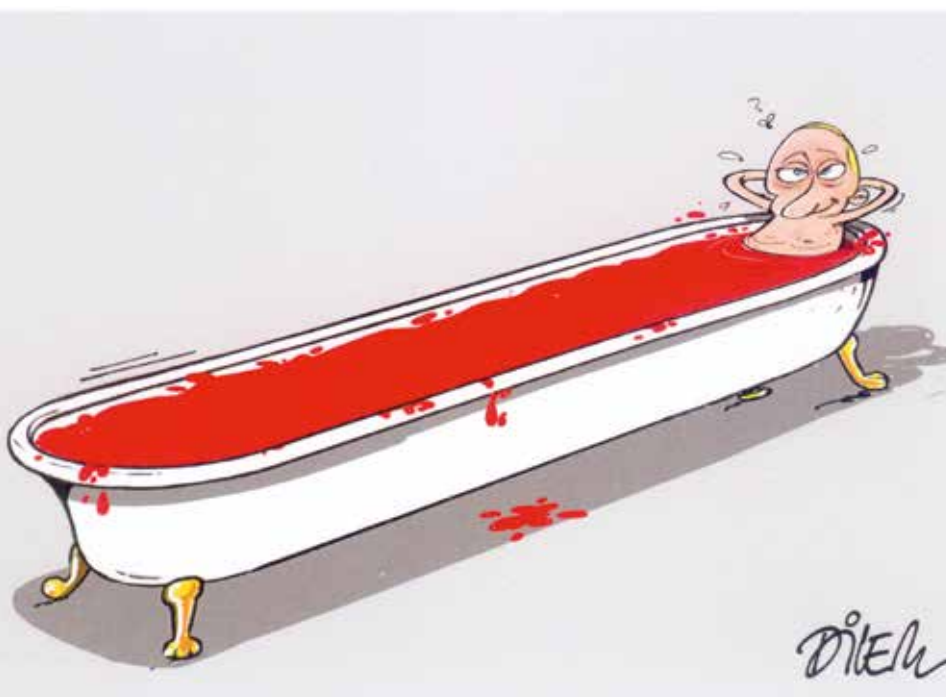
in rund einem Drittel der Fälle erfolgreich und können eben auch die militärischen Fähigkeiten zur Kriegsführung eindämmen sowie angesichts der erzeugten Kosten dazu beitragen, den Druck zur Verhandlungsbereitschaft zu erhöhen.

Eine naive Sanktionspolitik jedoch, welche darauf hofft, durch immer neue Sanktionen, also mit der Erzeugung von mehr Druck und mehr Leid beim Adressaten, ein Umdenken zu forcieren, ist mit Blick auf die oben genannten Prüfkriterien abzulehnen. Das heisst, bei jeder zu diskutierenden neuen Verhängung oder Verlängerung von Sanktionsmassnahmen müssen die vorgestellten friedenspolitischen Überlegungen zur Prüfung der Angemessenheit von Sanktionsmassnahmen berücksichtigt werden, wollen politische EntscheidungsträgerInnen mit grosser Vorsicht und hoffentlich auch friedenspolitischem Geschick vorgehen.

Dr. **Sascha Werthes** ist Dozent für Internationale Beziehungen und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Trier. **Melanie Hussak** ist Mitglied der Redaktion von *Wissenschaft & Frieden* und an der Friedensakademie Rheinland-Pfalz assoziiert. Ihr Beitrag stammt aus der Ausgabe 2-22 dieser Zeitschrift. Die Untertitel sind von der FRIEDENSZEITUNGS-Redaktion.

Zitierte Literatur

- Early, B.R.; Peksen, D. (2022): Does Misery Love Company? Analyzing the Global Suffering Inflicted by US Economic Sanctions. *Global Studies Quarterly*.
- Christen, E.; Felbermayr, G. (2022): Sanktionspolitik gegen Russland. *Wirtschaftsdienst* (Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 102).
- Daase, C. (2019): Vom gerechten Krieg zum legitimen Zwang. Rechtsethische Überlegungen zu den Bedingungen politischer Ordnung im 21. Jahrhundert. In: Werkner, I.; Rudolf, P. (Hrsg.): *Rechtserhaltende Gewalt*. Wiesbaden, Springer.
- Lake, D.A. (2022): Containment 2.0: Sanctions for the long haul. *Political violence at a glance*.
- Lohrer H. (2019): Sanktionen: Ein friedenspolitisches Instrument – Kein Instrument der Friedenspolitik. *Wissenschaft & Frieden* 4-2019.
- Meissner, K.L.; Mello, P.A. (2022): The unintended consequences of UN sanctions: A qualitative comparative analysis. *Contemporary Security Policy*.
- Mulder, N. (2022): The Toll of Economic War. How Sanctions on Russia Will Upend the Global Order. *Foreign Affairs*.
- Peksen, D. (2019): When Do Imposed Economic Sanctions Work? A Critical Review of the Sanctions Effectiveness Literature. *Defense and Peace Economics*.
- Schweitzer, C. (2019): Sanktionen: Ein friedenspolitisches Instrument – unter bestimmten Voraussetzungen eine Option. *Wissenschaft & Frieden* 4-2019.
- Werthes, S. (2019): Politische Sanktionen im Lichte rechtserhaltender Gewalt. In: Werkner, I.; Rudolf, P. (Hrsg.): *Rechtserhaltende Gewalt*. Wiesbaden, Springer.
- Zartmann, I.W. (2022): Understanding Ripeness: Making and Using Hurting Stalemates. In: Mac Ginty, R.; Wanis-St. John, A. (Hrsg.): *Contemporary Peacemaking. Peace Processes, Peacebuilding and Conflict*. Cham, Springer.



Von weiterwandernden Corona-Schwurblern, neugewickelten Verschwörungstheoretikern und Roger Köppels Entdeckung des Pazifismus

Er ist kaum noch zu toppen: Der wie üblich an populistischem Zynismus nicht zu übertreffende Roger Köppel, rechtsausen agierender *Weltwoche*-Verleger und Schwurbler aller Arten (der menschenverursachte Klimawandel ist naturellement eine reine Erfindung linksgrüner Spinner), redet neu von «Mehr Pazifismus wagen». Er sorgt sich väterlich um den Frieden, der in Verruf geraten sei und «unsere» Unterstützung brauche. Doch selbstverständlich handelt es sich da nicht um einen zum Pazifisten gewandelten Kriegstreiber, sondern um einen abgefeimten Publizisten, der schlicht und einfach die UkrainerInnen auffordert, die weisse Fahne zu hissen, um sich von Putins Soldateska massakrieren zu lassen.

Mit solcher Pazifismus-Verhöhnung erster Güte ist er in guter Gesellschaft. Seit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar ist sein Blatt hauptsächlich gefüllt mit russischer Kriegspropaganda. Zudem ist er mit seinem Partei-Übervater Christoph Blocher der gefestigten ganz neutralen Meinung, dass Putin nicht nur der Weg nach Kiew freigeschaufelt gehört, sondern dass alle anderen ausser der SVP die schweizerische Neutralität aufs Schlimmste verraten hätten. Weil die Schweiz sich den internationalen Sanktionen gegen den Angriffskrieg aus dem Kreml angeschlossen hat.

Absonderliche Putinisten

Mit seiner Meinung wird er allerdings nicht nur in seinen Kreisen bejubelt, auch auf linker Seite findet er absonderliche Unterstützung. So trat die Schweizerische «Friedensbewegung» SFB am vergangenen Ostermontag in Bern ebenfalls gegen die Sanktionen gegen Putin und seine Oligarchen an und ist sich in ihrem Blatt *Unsere Welt* nicht zu schade, das Massaker der russischen Besatzer in Butscha als Inszenierung Selenskis zu behaupten. Die unbekümmerte Gewissheit der SFB mag aus der Zeit gefallen sein, doch nicht zu übersehen ist, dass sie sich seit Jahrzehnten treu geblieben

ist, ist ihre Vorstellungswelt doch von einer Konstante geprägt, die da heisst: Es gibt das Friedenslager mit der Sowjetunion und – nach ihrem Zusammenbruch – der Russischen Föderation an der Spitze, das bedingungslos zu unterstützen ist, was immer es auch tun mag, und sei es – wie jetzt – ein brüderliches Nachbarland mit Krieg zu überfallen. Dabei spielt es keine Rolle, wie undemokratisch und repressiv Putins Russlands sich gebärdet.

Wer fehlt noch in der Runde der Putin-Fans? Natürlich, der Hohepriester des rechtsextremen Antiamerikanismus, der «Friedensforscher» Daniele Ganser, der die letzten zwei Jahre mit Corona-Schwurbeleien beschäftigt war und sich nun ohne Übergang zum Putin-Propagandisten «weiterentwickelt» hat. In mehreren Auftritten vor der schwinden-

den Gemeinde der Coronaschwurbler zeigte er sich ebenfalls tief besorgt über darüber, dass wir – also die seit eh und je neutrale Schweiz – unsere Neutralität aufgeben hätten.

Ohne rot zu werden dreht er die ganze Sache einfach um: Die USA und ihre Rüstungsindustrie sind schuld am Ukraine-Krieg, der dem armen Putin aufgezwungen wurde. Nur am Rande sei vermerkt, dass Ganser mehrmals von der «Friedensbewegung» eingeladen wurde, um in Basel seine 9/11-Verschwörungstheorien zu verbreiten. Mit Verlaub, auch wenn dieses ganze Friedensgeschwätz ällicher Männer hierzulande nur eine winzige Basis hat, treibt es einem doch die Schamröte ins Gesicht. Ich jedenfalls begreife langsam, was der Begriff freundschaften meinen könnte.

Peter Weishaupt



Dekadenz pur: Weltwoche-Cover vom 24. März 2022

Nicht anerkennen, nicht kooperieren

Soziale Verteidigung ist ein nicht-militärisches Verteidigungskonzept. Es beruht auf zivilem Widerstand, dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration und internationaler nicht-militärischer Unterstützung wie etwa Sanktionen. Letzteres findet im Ukrainekrieg neben militärischen Massnahmen statt. Spontaner ziviler Widerstand zeigt sich dort oftmals in militärisch besetzten Städten. Angesichts einer nicht auszuschliessenden Ausweitung des Krieges auch auf Nato-Staaten stellt sich für demokratische Gesellschaften die Frage, inwieweit etwa Städte mit ihrer Zivilbevölkerung in militärische Kampfhandlungen einbezogen oder besser durch Soziale Verteidigung geschützt werden sollen.

/ Ulrich Stadtmann /

In diesem Winter eskalierte die Lage in Europa durch den Truppenaufmarsch Russlands an den ukrainischen Grenzen und mündete am 24. Februar 2022 im Angriffskrieg gegen die ganze Ukraine. Dagegen verteidigt sich die Ukraine militärisch und hat damit eine schnelle Besetzung der Hauptstadt Kiew verhindert. Auch weitere Städte werden durch das nationale Militär verteidigt. Einige wurden eingekesselt, andere auch militärisch eingenommen. Für die Menschen in den belagerten Städten ist die Versorgungslage katastrophal. Zum Leben und Überleben braucht es Nahrung, Wasser, Wohnungen, Strom, Heizung und Krankenhäuser. Wenn eine Stadt im Kriegsverlauf zur Ruine wird, in der die Menschen umkommen, ist dort das zerstört, was verteidigt werden soll.

In den besetzten Städten ging der Widerstand weiter

In den Städten der Ukraine, die von Russland besetzt sind, geht der Widerstand jedoch weiter. Es gibt die Bilder von zivilem Widerstand mit Demonstrationen auf Strassen und Plätzen.* Dort erleben die russischen Truppen

täglich, dass sie nicht erwünscht sind. Ihre propagandistisch geprägte Selbstwahrnehmung, sie seien zur Befreiung gekommen, zerbricht an der Wirklichkeit. Ebenso wie die militärische Verteidigung zielt auch der zivile Widerstand auf die Schwächung der Kampfmoral der russischen Truppen und soll auf Russland insgesamt einwirken.

Das primäre Ziel Russlands scheint trotz der massiven Raketenangriffe nicht zu sein, Städte in Ruinenlandschaften zu verwandeln; vermutlich sollte vielmehr die Beherrschung der Ukraine angestrebt werden. Deshalb müsste die russische Regierung ein Interesse daran haben, möglichst funktionierende Städte zu kontrollieren. Die Zerstörung der Städte ist dann eher ein Kollateralschaden, der sich aus dem militärischen Kampf ergibt, aber sie wird auch gezielt zur Einschüchterung der Bevölkerung betrieben.

Städte als Zellen des zivilen Widerstands

Mit der militärischen Besetzung einer Stadt ist jedoch noch nicht die Kontrolle über sie erreicht. Dazu ist die Besetzung auf die Stadtverwaltung, den Handel und die Wirtschaftsunternehmen sowie die Unterstützung durch deren Personal angewiesen. Auf diesen Voraussetzungen beruht Soziale Verteidigung: Eine Zusammenarbeit fände nur so weit statt, wie sie für die Lebensgrundlagen einer Stadt und die Interessen der Bevölkerung erforderlich ist.

In der Sozialen Verteidigung wird diese von Theodor Ebert entwickelte Idee als «Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration» bezeichnet und geht über die öffentlichen Proteste des zivilen Widerstands auf Strassen und Plätzen hinaus. Die Lebensmittelversorgung und die Müllabfuhr, aber auch Polizei und Justiz, Kindergärten und Schulen werden gebraucht und sollten aufrechterhalten werden. Nach dem Vorbild früherer historischer Fälle von Widerstand gegen Besatzung (z.B. Norwegen im Zweiten Weltkrieg und Finnland als Teil Russlands vor dem Ersten Weltkrieg) strebt Soziale Verteidigung aber danach, alles weiter so auszuführen, wie es schon vor dem Krieg selbstbestimmt gemacht wurde.

Widerstandsformen in Finnland

Schon vor über 100 Jahren gab es von 1899 bis 1905 in Finnland, das seit 1809 eine autonome Region Russlands war, verschiedene Formen des zivilen Widerstands. «Der Widerstand war gewaltfrei und seine Grundsätze waren: «nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten». Aus Protest gegen die Russifizierungspolitik des Zaren Nikolaus II. führten viele Beamte die Befehle des russischen Generalgouverneurs nicht aus.»

Reetta Hänninen hat sich in ihrer Masterarbeit über diese Ereignisse auf Akten der Ordnungspolizei der russischen Verwaltung gestützt. Für die Vorsitzende des deutschen Bundes für Soziale Verteidigung, Outi Arajärvi, die die Arbeit auf Deutsch zusammenfasste, ähnelte dieser Widerstand sehr der Sozialen Verteidigung: «Von überall im Lande gab es Berichte über ungehorsame, widerspenstige und aufsässige Beamte bei Post, Zoll, Verwaltung, Banken und Eisenbahn. Befehle wurden missdeutet, missachtet oder das Gegenteil wurde ausgeführt.»

Als «Offene Stadt» erklären

Jede moderne Stadt- oder auch Staatsverwaltung kann jeden Tag bestens ohne neue Beschlüsse eines Stadtrates oder auch lange Zeit ohne eine neue Regierung arbeiten, wie in Zeiten einer lang andauernden Regierungsneubildung immer wieder zu sehen ist. Also versucht sie, unter einer Besatzung weiter gemäss den alten Grundlagen zu arbeiten und widersetzt sich allen neuen Anordnungen. Die Absetzung oder der Austausch einer Stadtregierung wird keine Herrschaft im Sinne der Besatzer schaffen, wenn sie auf breiten Widerstand stossen. Denn dann müssen sie auch auf untergeordneten Ebenen dafür sorgen, ihre Befehle durchzusetzen. Das erfordert personalintensive direkte Auseinandersetzungen von Mensch zu Mensch, bei denen das Besatzungsregime mit einer weiteren Demoralisierung seiner Truppen rechnen muss, denn sie werden immer wieder damit konfrontiert, dass sie als Besatzer nicht erwünscht sind.

Wie schwierig es ist, eine Stadt zu beherrschen, die sich im zivilen Widerstand befindet, drückt sich aktuell wohl

* Siehe dazu die Sammlung an Beispielen auf der Homepage des Bundes für Soziale Verteidigung: soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine.

auch im folgenden Beispiel aus: In der besetzten ukrainischen Stadt Melitopol sollte der festgenommene Bürgermeister zur Kollaboration gezwungen werden, musste aber letztlich wieder freigelassen werden und wurde gegen neun gefangene russische Soldaten der Jahrgänge 2002 und 2003 ausgetauscht. Die militärische Kapitulation einer Stadt bedeutet deshalb in keiner Weise das Ende des Widerstands.

Es ist vielmehr der Wechsel von einer militärischen Kampfform, die in erster Linie ein Territorium verteidigt, zu einer Verteidigung des sozialen Gefüges einer städtischen Zivilgesellschaft. Nach dem Völkerrecht wäre es auch möglich, eine Stadt zur «Offenen Stadt» zu erklären, die nicht militärisch verteidigt wird und deshalb nicht bombardiert werden darf. Diese Schutzfunktion sollte völkerrechtlich auch auf Städte ausgeweitet werden, die sich nur mit zivilem Widerstand ohne Kollaboration verteidigen.

Kosten für die Angreifer hinauftreiben

Die Soziale Verteidigung zielt darauf ab, vorrangig das Leben der Zivilbevölkerung und die Infrastruktur einer Stadt zu schützen und darauf aufbauend durch zivilen Widerstand die Kosten für das angreifende Regime in die Höhe zu treiben. Einerseits soll es möglichst keinen Nutzen aus der Besetzung ziehen können und andererseits einen hohen Personaleinsatz zu finanzieren haben. Damit soll das Regime Gefahr laufen, durch eine Demoralisierung seiner eige-

nen Truppen vor Ort und an der «Heimatfront» den bisherigen Machtbereich aufs Spiel zu setzen. Es muss damit rechnen, dass seine Machtbasis gespalten wird und ein Umsturz droht, sodass es letztlich nichts hinzugewonnen, sondern alles verloren hat.

Ein solches Kosten-Nutzen-Kalkül kann durch internationale Sanktionsmassnahmen im Rahmen eines nicht-militärischen Eingreifens unterstützt werden, wie es derzeit vor allem durch die Länder der EU und der Nato praktiziert wird. Die Sanktionen treffen jedoch nicht nur die Verantwortlichen des Aggressors – und diese vielleicht noch am wenigsten. Sie beeinträchtigen vor allem die Zivilbevölkerung und zudem noch die Bevölkerung nicht beteiligter Länder, etwa durch Nahrungsmittelknappheit.

Soziale Verteidigung klar von militärischen Kampfhandlungen trennen

Deshalb sollten sie zum einen zielgerichtet sein, um die Kriegsmaschinerie ins Stocken zu bringen. Zum anderen muss klar gegenüber den einflussreichen Kreisen und der Bevölkerung in Russland signalisiert werden, dass die Beeinträchtigungen aufgehoben werden, sobald die russischen Truppen aus der Ukraine abgezogen werden. Sanktionen sollen keine Bestrafungsaktionen sein. Sie sollten vielmehr darauf angelegt sein, einen positiven Anreiz zu geben, und dazu beitragen, den Krieg zu beenden.

Die nicht-militärischen Massnahmen sowohl in der Ukraine als auch interna-

tional finden derzeit parallel zur militärischen Verteidigung statt, die vom Ausland mit Waffenlieferungen unterstützt wird. Zudem scheinen zur ukrainischen Verteidigung auch militärische Kampfhandlungen in den besetzten Gebieten zu gehören. Hierbei kann dann eine durchaus problematische Überschneidung mit dem zivilen Widerstand entstehen.

Zwar dürfte die Besetzung es schwer haben, Kollaborierende zu finden und sie als Marionetten einzusetzen, weil sie damit zur Zielscheibe für bewaffnete Widerstandskämpfer werden. Andererseits werden auch die zivilen Kämpfer leichter zu militärischen Zielscheiben, wenn Soldaten sich nicht sicher sein können, ob die Zivilbevölkerung nur als Deckung für eine Guerilla genutzt wird, die gegen sie agiert. Eine klare Trennung der Bereiche, in denen militärisch operiert wird, von denen des zivilen Widerstands ist deshalb eine wichtige Grundlage für Soziale Verteidigung.

Soziale Verteidigung im Kalten Krieg

Im Kalten Krieg des letzten Jahrhunderts wurde die Ergänzung einer militärischen Landesverteidigung um eine Soziale Verteidigung der Städte im Rahmen von Konzepten defensiver Verteidigung diskutiert. Die dänische Regierung hatte zu Beginn der 1970er-Jahre eine Studie in Auftrag gegeben über die Möglichkeiten von Sozialer Verteidigung. Litauen hat schon 1991 zivilen Widerstand in seine Militärstrategie aufgenommen und im Jahr 2016 als Nato-Mitglied erneuert. Dabei wurden auch zwei Handbücher über die «Formen und Grundsätze des zivilen Widerstands» im Rahmen der Landesverteidigung herausgegeben.

Nach der Erfahrung des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine lässt sich auch ein Krieg auf Nato-Gebiet nicht ausschliessen, der zumindest zu Beginn konventionell geführt und hoffentlich nicht auf die atomare Ebene eskalieren würde. Ein Atomkrieg in Mitteleuropa würde alles zerstören, was verteidigt werden soll. Das gilt aber für einen konventionellen Krieg in den Städten und dicht besiedelten Gebieten mit ihrer Industrie ebenso. Mindestens in diesen Bereichen sollte deshalb besser eine Soziale Verteidigung vorbereitet werden.

Nichtkooperieren will gelernt sein

Im Jahr 1988 trafen sich über 1000 Menschen zu einem Kongress über Soziale



Fortsetzung Seite 18

Verteidigung. Der aus dem Kongress hervorgegangene Bund für Soziale Verteidigung (BSV) veranstaltete 30 Jahre später erneut eine Tagung über Soziale Verteidigung. Die Geschäftsführerin Christine Schweitzer stellte dazu fest, dass «seit dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine 2014 [...] zunehmend wieder von der Gefahr eines Krieges in Europa gesprochen» wird. Angesichts dieser Situation hielt sie es für notwendig, wieder zu überlegen, «was ohne Gewalt getan werden kann, falls Prävention und Konfliktbearbeitung versagen und es zum Schlimmsten kommt».

Das Gründungsmitglied des BSV und der Grünen Roland Vogt erinnerte auf derselben Tagung an seine Forderung aus der Gründungsphase des BSV zu Beginn der 1990er-Jahre nach einem «Ministerium für Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung». Ein solches Ministerium hätte sicherlich das Wissen um die Möglichkeiten von Sozialer Verteidigung institutionell verankert, bis hinunter auf die lokale Ebene einer jeden Stadt. Auch wenn Soziale Verteidigung spontan angewendet werden kann, wäre eine gedankliche und praktische Vorbereitung sicherlich sinnvoll.

Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Neben Protestformen, die die Grösse des Widerstands zeigen und den Zu-

sammenhalt stärken sollen, müsste die im Konzept der Sozialen Verteidigung angelegte dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration treten, die das alltägliche Handeln der Menschen an den Arbeitsstellen leiten soll. Es wäre das Gegenteil von Streik, den es nur in den Bereichen gäbe, die dem Aggressor dienen. Ein entsprechendes «Manöver» könnte in Stadtverwaltungen von Städten durchgeführt sowie wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden, um daraus Handlungsempfehlungen für den «Ernstfall» zu erhalten.

Bisher wurde darüber nicht nachgedacht, weil kaum jemand mit der Möglichkeit der Rückkehr eines Krieges nach Mitteleuropa gerechnet hat. Angesichts der zerstörten Städte in der Ukraine auf der einen Seite und der besetzten Städte auf der anderen stellt sich jedoch auch in Deutschland die Frage, mit welchen Verteidigungsformen die eigene Stadt geschützt werden soll. Die Städte, die sich für eine Soziale Verteidigung aussprechen, wären besonders geeignet für die Durchführung solch exemplarischer Übungen in Sozialer Verteidigung.

Potenzial ziviler Widerstandsbereitschaft nutzen

Ein Jahr nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in den Separatistengebieten hatte das Internationale Soziologische Institut in Kiew eine repräsentative Umfrage in der Ukraine durchgeführt zur Frage, wie die Men-

schen handeln wollen, wenn es zu einem Angriff auf ihre Stadt und zu deren Besetzung käme. Ein Drittel wusste keine Antwort, 15 Prozent wollten fliehen, 25 Prozent wollten sich militärisch wehren und mehr als 25 Prozent sprachen sich für zivilen Widerstand aus. Eine derart hohe zivile Kampfbereitschaft bietet ein Potenzial, das bisher bei allen Verteidigungsplanungen ungenutzt bleibt.

In der Ukraine entscheidet derzeit eher der Zufall des Kriegsverlaufs darüber, ob eine Stadt militärisch besetzt wird und es zu spontanem zivilen Widerstand kommt, wie in Cherson, oder ob eine Stadt belagert und zerstört wird, wie Mariupol. Ein Einwohner Chersons wurde am 24. März mit den Worten zitiert: «Niemand hier will so leben wie in Mariupol.» Die Frage, wie die eigene Stadt verteidigt wird, sollte die Zivilbevölkerung demokratischer Staaten vor einem Krieg diskutieren, um die Entscheidung darüber nicht später allein den Militärs zu überlassen. Die Debatte darüber, die eigene Stadt durch Soziale Verteidigung zu schützen, muss jetzt geführt werden und nicht erst, wenn man von einem Krieg im eigenen Land überrascht wird.

Ulrich Stadtmann ist Dipl. Politologe und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung (BSV). Der Beitrag ist erschienen in *Wissenschaft & Frieden* 2022/2.

Neues Modell für eine soziale Verteidigung der Schweiz?

Inspiziert durch Arbeiten des deutschen Friedensforschers Theodor Ebert bildete sich in den 1970er-Jahren eine Arbeitsgruppe junger Friedensengagierter, die für die Schweiz ein Modell für eine soziale statt militärische Verteidigung ausarbeitete: Nicht Territorien, sondern soziale Werte und Institutionen sollten mit gewaltfreien Mitteln gegen einen möglichen Angriff von aussen verteidigt werden.

1976 erschien im Verlag des Schweizerischen Friedensrates das kollektive Werk «Soziale Verteidigung – eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz» mit vielen Beispielen gewaltfreier Boykott- und Widerstandsaktionen. Das Buch fand grosse Verbreitung, hatte es doch für Pa-



zifistinnen und Pazifisten im deutschsprachigen Raum eine sinnstiftende Bedeutung. Übrigens hatte der erste, längst vergriffene Band in der Schriftenreihe des Friedensrates, erschienen 1960 und verfasst vom SCI-Sekretär Ralph Hegnauer, den Titel «Wehrhaft durch gewaltloses Verhalten? Möglichkeiten des nichtmilitärischen Widerstandes».

Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat die Frage der gewaltfreien Verteidigung stark an Aktualität gewonnen. Interessierte an einer Überarbeitung der Publikation «Soziale Verteidigung» und deren inhaltlichen Weiterentwicklung melden sich bitte beim SFR-Sekretariat: info@friedensrat.ch, 044 242 93 21. Wir werden das gerne mit einer Arbeitsgruppe angehen.

Braucht es ein Helsinki II?

Eine umfassende Konfliktanalyse, die die Ursachen des Krieges in der Ukraine ins Zentrum stellt, muss einerseits die globale Ordnung und die sich verändernden internationalen Beziehungen in den Blick nehmen. Dabei muss man feststellen, dass gegenwärtig niemand die Macht hat, die Spielregeln, die das UNO-System seit 1945 etabliert hat, durchzusetzen und zu sanktionieren.

/ Günther Baechler /

1. Demokratien auf dem Rückzug

Das war zwar bis 1989 auch nicht viel anders, doch in den beiden Jahrzehnten danach hat sich das Völkerrecht stärker entwickelt als je zuvor. Es war eine Zeit, in der sich die Länder mehr oder weniger an die Spielregeln des «soft law» und des erweiterten zwingenden Völkerrechts (jus cogens) hielten. Fast alle bewaffneten Auseinandersetzungen in dieser Zeit waren interne Gewaltkonflikte. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren haben zwischenstaatliche Kriege wieder zugenommen.

Das ist kein Zufall: Während die Demokratie auf dem Rückzug ist, vertiefen sich mehr rechtsnational eingestellte Potentaten in Geschichtsbücher, um darin historische Vorbilder für ihre imperialen und expansiven Ansprüche zu finden. Weder eine regelbasierte Weltordnung noch eine disziplinierende Blocklogik hindern sie darin, ihre Interessen mit Macht und Gewalt gegen die Interessen anderer Staaten durchzusetzen.

Dass solche Potentaten keinen Gefallen an der internationalen Friedens- und Menschenrechtsförderung und an den Instrumenten der Verhandlung und Vermittlung finden, versteht sich fast von selbst. Viele sprechen bereits von einem neuen globalen Systemkonflikt zwischen Demokratien und Autokratien. In der Tat scheint der Konflikt allein zwischen den USA und China bereits das Potenzial des Kalten Krieges erreicht, wenn nicht sogar schon überschritten zu haben.

2. Genuin russländische Dimension

Andererseits ist der Konflikt, der bereits

2014 zum Angriff Russlands auf die Ukraine geführt hat und heute seine Fortsetzung findet, stark von einer inneren, genuin russländischen Dimension geprägt. Diese Dimension ist historisch schon sehr viel älter als der Kalte Krieg, die Gründung der Nato oder der Zusammenbruch der Sowjetunion. Putin und seine Ideologen (etwa Alexander Dugin) zeichnen schon seit mindestens einem Jahrzehnt die Eigenschaften der russisch-orthodoxen Zivilisation. Diese hat sich nicht nur parallel zum europäischen Kulturraum entwickelt, sondern ist dazu auserwählt, den Westen vor dem selbstverschuldeten moralisch-politischen Zerfall zu retten.

Putin demonstriert mit seiner Innenansicht des russischen Reiches, dass eine revisionistische und neoimperialistische Macht, die im hellen Licht vergangenen kaiserlichen Glanzes agiert, nicht notwendigerweise einen externen feindlichen Gegenspieler benötigt. Die Notwendigkeit der Expansion erklärt sich sozusagen selbstreferenziell aus der eigenen Geschichte heraus und ist nur bedingt eine Antwort auf das internationale System oder eine reale externe Bedrohung.

Wobei klar ist: Ein Feindbild ist ein nützlicher Verstärker für den inhärenten Drang nach Machtausweitung und Gebietsgewinn. Je schwächer der internationale Widerstand eingeschätzt wird (etwa das vermeintlich geschwächte Europa), desto schneller und unblutiger kann die revisionistische Macht ihr Ziel erreichen. Nur wenn das betroffene Umfeld unerwartet politisch einig und militärisch stark reagiert, sieht sich die angreifende Macht unerwartet mit einem hohen Preis und Blutzoll konfrontiert.

3. Innere Logik des Putin-Regimes

Der russisch-ukrainische Konflikt ist mindestens so stark durch diese innere Logik des Regimes in Moskau bestimmt wie durch den Wunsch der Ukraine, sich endgültig auf die Seite Europas zu schlagen. Die Westorientierung des «Brudervolkes» in der Ukraine stellt die neoimperialistische Macht vor grosse Herausforderungen. Dafür sind weniger

die USA oder die Nato verantwortlich als vielmehr die im eigenen Einflussbereich herangewachsene Bedrohung der imperialen Ordnung selbst, auf die sich Russland nach wie vor stützt.

Diese Bedrohung hat vielfältige Formen angenommen: Freiheitsdrang, politische Fundamentalopposition, Abwendung einzelner Regionen und Ethnien vom Kreml, Verunglimpfung der Traditionen durch Kulturschaffende, international ausgerichtete Wissenschaften, Korruptionsbekämpfung und die Entlarvung der Oligarchie durch AktivistInnen. Der Kampf für demokratische Freiheiten in Russland und in den von ihm beanspruchten Einflusszonen ist in der Tat die grösste aktuelle Bedrohung der schmalen und mafiös-kriminellen Machtelite im Kreml.

4. Perspektivenwechsel ist notwendig

Wer den Konflikt verstehen will, muss zu einem Perspektivenwechsel bereit sein. Der Perspektivenwechsel ist ein wichtiges Instrument jeder internationalen Friedensmission und soll auch der politischen Analyse zu Hilfe kommen. Der Blick aus östlicher Richtung auf Europa ist nun einmal ein ganz anderer als der Blick aus westlicher Richtung. So ist schon der historisch junge Begriff «Osteuropa» für die dort lebenden Menschen eine Zumutung und Herabsetzung. Kein Wunder sehen sich viele «OsteuropäerInnen» als Objekt und Opfer neoimperialistischer Politik um Einflusszonen, um Sicherheitsgürtel, um Pufferzonen und um abgetrennte Teilstaaten (Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Bergkarabach, Donbass).

Damit wurden viele Menschen in den Jahren nach 1989 zu Kriegsopfern in Europa, weil sie an der Kontaktlinie von Einflusszonen lebten, nicht Teil eines Bündnisses zur Selbstverteidigung waren. Gleiche und gemeinsame Sicherheit, die allen europäischen BürgerInnen nach dem geglückten Ende des Kalten Krieges versprochen wurde, blieb für sie bestenfalls ein Heilsversprechen ohne reale Grundlage. Dabei hatten und haben vie-

Fortsetzung Seite 20



Fortsetzung von Seite 19

le Menschen, die zufällig in diesem Armut- und Unsicherheitsband, das sich durch Europa zieht, nur einen Wunsch: Subjekt und Akteur einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu sein, die eben genau diese Werte ein für allemal garantiert.

Bündnisfreiheit, Neutralität oder bilaterale Sicherheitsgarantien waren aus der Sicht «Osteuropas» nie viel wert, weil diese Formeln gerade nach 1989 der neoimperialistischen Politik Russlands dienten und Letzteres zu Kriegshandlungen jenseits seiner Staatsgrenzen einluden. Das gerade unabhängig gewordene Georgien musste schon 1918/19 bitter erfahren, wie schnell die verliebenen englischen Truppen abgezogen wurden, als Lenin kurz nach der Oktoberrevolution mit der Roten Armee durch den Kaukasus fegte, um nicht zuletzt die ersten Ölfelder in Aserbaidschan und der Hafenanlagen am Schwarzen Meer in Batumi habhaft zu werden.

5. Der Krieg hat bereits 2014 begonnen

Die Frage, wann und wie der Krieg beendet werden kann, ist in erster Linie eine Frage, die die unmittelbaren Kriegsparteien beantworten müssen. Der Krieg wurde von Russland 2014 begonnen und kurze Zeit darauf durch einen Waffenstillstand ausgesetzt bzw. unterbrochen. Das Minsker Abkommen von 2015 war für Russland nie die Vorstufe zu Friedensverhandlungen, sondern die Festbeschreibung eines Etappensieges. Das Abkommen war aus der Sicht der Ukraine

zugunsten russischer Interessen ausgefallen, wie übrigens auch das Sechs-Punkte-Abkommen (Medwedew-Sarkozy-Plan) von 2008 zum Konflikt in Georgien.

Ein erneuter Waffenstillstand wird nur zustande kommen, wenn beide Seiten davon ausgehen können, dass dieser ihren Interessen nicht schadet. Die Ukraine wird nicht dazu bereit sein, auf weitgehende Forderungen von Russland einzugehen, wenn die Existenz der Ukraine damit gefährdet würde. Und Russland wird sich nicht mit einem Ergebnis zufrieden geben, das letztlich nicht deutliche über die 2014 eroberten Gebiete hinausgeht. Daher ist eher mit einem längeren und verlustreichen Krieg zu rechnen – wobei weitere Waffenstillstände als «Kriegspausen» nicht auszuschliessen sind. Insofern ist für die Kriegführungsfähigkeit der Ukraine nicht nur die Militärhilfe aufgrund von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen wichtig, sondern auch die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau von Infrastruktur und Wirtschaft, der bereits begonnen hat.

6. Russland degradiert sich selbst

Wie stehen die Chancen für Friedensdiplomatie? Bereits unter dem Schweizer Vorsitz der OSZE im Jahr 2014 wurde ein «Panel of Eminent Persons» etabliert, das unter dem Eindruck des Krieges im Donbass den Bericht «Back to Diplomacy» vorgelegt hat. Dieser wurde anlässlich der Ministerkonferenz in Belgrad von Russland zurückgewiesen, weil er ein «drittes Narrativ» aus Sicht von Georgien zum Thema «Zwischeneuropa» enthält.

In der Folge hat die westliche Diplomatie den Bericht in den Schubladen verschwinden lassen. Wie, wann und mit wem ein Zurück zur Diplomatie möglich sein würde, ist eine offene Frage. Tatsache ist, dass ein Zurück zur alten Ordnung kaum vorstellbar ist. Eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa wird Zeit brauchen und vermutlich anders aussehen, als wir uns das heute vorstellen können.

Vielleicht degradiert sich Russland gerade selbst zu einer bedrohlichen Atommacht, die über keinen wirklichen Einfluss im geopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sinne verfügt. Wer möchte dieser unberechenbaren Macht die Schlüssel zum Europäischen Haus anvertrauen? Solange das putinsche Lügegebäude besteht und in Russland die Triebfedern des Revisionismus weiter angespannt bleiben, dürfte eine verlässliche und regelbasierte Ordnung in den Sternen stehen.

7. Hoffnung auf ein Helsinki II?

Viele hoffen auf eine grosse und wirkungsvolle Helsinki-Konferenz II, z.B. im Jahre 2025, also genau fünfzig Jahre nach Helsinki I. Eine Expertengruppe, die vom Generalsekretär der OSZE initiiert wurde und der ich angehörte, sollte die Empfehlungen des «Panel of Eminent Persons» aufgreifen und konkretisieren. Die internationale Gruppe hat in rund zweijähriger Arbeit einen ziemlich umfassenden Bericht mit dem Titel «Restoring European Security» verfasst und 2021 vorgestellt.

Der innovative Bericht stellte zwei Kernaussagen in den Mittelpunkt: Das Udenkbare – ein Krieg – ist in Europa wieder denkbar. Und: Anstatt sich in vielen kleinen Formaten ohne grosse Erfolge zu verzetteln (Minsker Prozess, Geneva International Discussions etc.), soll eine europäische «Grosskonferenz» nach dem Vorbild von Helsinki I den Weg zu einer nachhaltigen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur verhandeln. Inzwischen ist das Udenkbare brutale Realität und die OSZE mit 57 Mitgliedsländern handlungsunfähig geworden.

8. Neue Ansätze für eine gemeinsame Sicherheit nötig

Der Zeitpunkt für «kooperative Sicherheit in Europa» wurde nun ganz offensichtlich verpasst. Es braucht neue Ansätze, die sich erst im Endstadium des gegenwärtigen Krieges abzeichnen wer-

den. Ob es zu gemeinsamer und gleicher Sicherheit aller 57 Mitgliedsstaaten der OSZE kommen wird, kann zurzeit niemand sagen. Tatsache aber ist: Es zeichnet sich schon seit 2014 im «Permanent Council» der OSZE an den wöchentlichen Sitzungen ab, dass 56 Mitgliedsländer nicht mehr gewillt sind, sich von einem fehlgeleiteten Mitglied die Zukunft diktieren zu lassen.

Positiv formuliert könnte man sagen, dass sich im Kontext der OSZE im Kern bereits die Umrisse eines Systems «Kollektiver Sicherheit» abzeichnet, dessen Zweck es bekanntlich sein soll, einen «Rechtsbrecher» von allen anderen Mitgliedern des Systems zur Ordnung zu rufen. In diesem System wird wohl kaum jemand Russland den Wunsch erfüllen, eine Blockordnung mit Einflusssphären zu errichten, die geographisch weit in den Westen hineinreichen.

Auch dürfte ein Rauswurf der USA aus dem europäischen Theater, der es

Russland erlauben würde, seinen Nuklearschirm über ganz Europa aufzuspannen, kaum jemand beruhigend finden. Den europäischen autoritären Rechtsnationalisten und Neofaschisten ist allerdings zuzutrauen, dass sie Putin einiges erlauben würden, wenn er ihnen dabei behilflich ist, die soziale und liberale Demokratie in Europa zu beseitigen.

9. Ein Sieg Russlands muss verhindert werden

Vor diesem mehrschichtigen Hintergrund ist die wohl einzig erfolgversprechende friedenspolitische Strategie im Moment und auf absehbare Zeit eine Kombination aus umfassenden und wirksamen Sanktionen gegen Russland (inklusive fossiler Energieträger) und eine moralische, militärische und humanitäre sowie wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine, um einen Sieg Russlands zu verhindern bzw. eine Wiederherstellung der staatlichen Souve-

ränität und territorialen Integrität der Ukraine zu ermöglichen. Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen bildet den rechtlichen Rahmen dafür. Eine wirksame Bewaffnung der UkrainerInnen und eine Unterstützung ihres militärischen und zivilen Widerstands ist – vielleicht paradoxerweise – vorderhand der beste Schutz und die wirksamste Strategie zur Vermeidung von weiteren Opfern und Kriegsgräueln im gesamten Land.

Günther Baechler war Gründungsdirektor der Schweizerischen Friedensstiftung (heute swisspeace) 1988. Wechsel in das EDA im Jahr 2000. Botschafter in Georgien von 2010 bis 2015. Spezialgesandter für den Süd-Kaukasus für drei OSZE-Vorsitzende bis 2018 (Deutschland, Österreich, Italien). Co-Chair der Geneva International Discussions GID und Co-Moderator des «Incidents Prevention and Response Mechanisms» IPRM an der Grenze zwischen Georgien und der Tskhinvali Region / Süd-Ossetien. Zahlreiche Missionen als Mediator und Fazilitator in unterschiedlichen Weltregionen (Nepal, Sudan, Kamerun).

Häufung rassistischer Massaker in den USA

Am Samstag, 14. Mai 2022, fährt ein weisser Teenager 300 Kilometer in die nördliche Stadt Buffalo im Bundesstaat New York in den Vereinigten Staaten. Was dann geschieht, folgt einem scheinbar bekannten Drehbuch. Er eröffnet das Feuer mit einer halbautomatischen Waffe auf dem Parkplatz eines Supermarkts, dann geht er in das Geschäft und setzt das Massaker fort. Der 18-Jährige tötet zehn Menschen, drei weitere werden verletzt. Der Täter kann nach der Tat von Polizeibeamten überwältigt werden.

Es sieht auf den ersten Blick nach einem weiteren Amoklauf eines frustrierten Jugendlichen in den USA aus, der eine Schockwelle durchs Land schickt, während eine kleine US-amerikanische Stadt erneut fassungslos-trauernd zurückbleibt. Doch das ist nicht die ganze Geschichte. Denn der Massenmord ist weit mehr als eine Frusttat eines Verwirrten. Es ist ein rassistisches,



nach ersten Erkenntnissen lange geplantes Attentat. Der Täter suchte sich gezielt ein von AfroamerikanerInnen bewohntes Viertel aus, weit entfernt von seinem eigenen Wohnsitz.

Elf der dreizehn Opfer sind Schwarze. Die US-Behörden sprechen von «Hassverbrechen und einem auf die Rasse bezogenen gewaltsamen Extremismus». Der Attentäter filmte seine Tat auf einem Social-Media-Kanal live, wo er auch ein 180-seitiges Manifest veröffentlichte, das an das des norwegischen rechtsextremen Massenmörders

Anders Breivik erinnert. Zehn Tage später, am 24. Mai erschießt ein weiterer 18-Jähriger weisser Amokschütze in der Robb Elementary School in Uvalde im Gliedstaat Texas 19 MitschülerInnen sowie zwei Lehrerinnen und verletzt 15 weitere PrimarschülerInnen. Die meisten EinwohnerInnen der texanischen Kleinstadt sind hispanischer Abstammung. Allein im vergangenen Jahr zählte die amerikanische Bundespolizei FBI 61 Amokläufe mit Schusswaffen im Land – das ist etwa ein Amoklauf alle sechs Tage. Dem abgehalfterten Ex-Präsidenten Donald Trump fiel dazu nicht mehr ein, als einige Tage später an der Jahrestagung der berühmigten National Rifle Association die totale Bewaffnung des Lehrkörpers zu fordern.

Erinnert sei hier auch daran, dass sich am 26. April zum 20. Mal der Amoklauf des 19-jährigen Robert S. jährte, der 19 seiner MitschülerInnen im Gutenberg-Gymnasium im deutschen Erfurt erschossen hatte.

Selektive Solidarität

Der Entrüstung über den Angriff auf die Ukraine geht ein langes Schweigen über Russlands Rolle in Syrien voraus.

/ Yassin al-Haj Saleh /

Noch bis vor Kurzem schienen die meisten Menschen im Westen zu glauben, der russische Krieg in der Ukraine sei qualitativ etwas ganz anderes als jener Krieg, der seit sechseinhalb Jahren in Syrien geführt wird. Während die internationale Empörung über den Einmarsch in der Ukraine gross ist und die europäischen Länder Waffen liefern, hat kein westliches Land auf diese Weise Russlands Krieg in Syrien verurteilt oder dort den Rückzug der russischen Streitkräfte gefordert.

Der Krieg gegen den Terror, der implizit als Krieg gegen den militanten Islamismus verstanden wird, hat in Syrien eine gemeinsame Basis zwischen den USA, Europa und Russland geschaffen. Diese Grundlage wird auch von vielen autoritären und kleptokratischen Regimen in der Region und von Israel geteilt. Es ist kaum zu glauben, doch selbst unter Intellektuellen und Menschenrechtsorganisationen sind kaum Stimmen zu vernehmen, die sich diesem endlosen zerstörerischen Krieg entgegenstellen.

Kein syrisches Recht auf Selbstverteidigung gegen Völkermord

Es gibt sogar linke Autoritäten wie Noam Chomsky, der bestreitet, dass der russische Krieg in Syrien imperialistisch sei, weil die Russen dort die ›Regierung‹ unterstützen. Als würde die ›Regierung‹ nicht einen permanenten Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung führen. Als würde es sich nicht um einen Völkermord handeln. Und eben diese Intellektuellen unterstützen nun nachdrücklich das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung – aber nicht das der Menschen in Syrien.

Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Gefahr eines Krieges zwischen dem Westen und Russland nicht mehr so wahrscheinlich wie im Augenblick. Gleichzeitig standen sich die USA und Russland noch nie so nah wie nach dem

Chemiewaffen-Deal im September 2013. Anders ausgedrückt: Es gibt zwei Russlands in Syrien, ein US-amerikanisches Russland und ein russisches Russland. Was immer das zweite in Syrien getan hat – das erste hat es im Wesentlichen akzeptiert. Es ist noch nicht klar, ob diese imperialistische Verbrüderung durch den Einmarsch in der Ukraine ernsthaft Schaden nimmt. Ich bezweifle es.

Syrien gab Auftrieb

In Syrien setzt Russland seit 2015 einen Krieg fort, den ein völkermörderisches Regime gegen seine rebellierenden Untertanen vor über zehn Jahren begonnen hat. In der Ukraine, im Gegensatz zu Syrien ein Nachbarland Russlands, richtet sich der Krieg gegen eine gewählte Regierung. In Syrien hingegen gab es seit 60 Jahren keine freien Wahlen mehr, was einer der Hauptgründe für die Revolution war. Trotzdem gibt es Gemeinsamkeiten: Beide Kriege richten sich gegen eine lokale Bevölkerung, die dem Angreifer militärisch unterlegen ist. Beide werden von einem autoritären Russland geführt, das seine Ablehnung der Demokratie hinlänglich zum Ausdruck gebracht hat. Das putinistische Russland hat auch nie einen Hehl aus seiner Feindseligkeit gegenüber dem Arabischen Frühling gemacht.

Es ist ungewiss, ob Putins Regime den aktuellen Angriff auch dann unternommen hätte, wäre sein Krieg in Syrien auf starken internationalen Widerstand gestossen. Gerade weil Syrien kein Nachbarland ist, hat der erfolgreiche Zugriff den imperialen Ambitionen Putins enormen Auftrieb gegeben. Die Invasion der Ukraine ist ein weiterer Schritt, das russische Imperium wiederzubeleben. Russische Kriegsschiffe sind, bis die Türkei das unterbunden hat, von ihrem Stützpunkt in Syrien aus Richtung Schwarzes Meer gefahren. Es ist also inkonsequent und unethisch, diese neue Aggression zu verurteilen, ohne von dem letzten Expansionskrieg desselben Regimes zu sprechen, ihn zu verurteilen und den SyrerInnen zu helfen, ihr Land zu befreien.

Flüchtlinge, wie wir sie kennen

Ist es nach dem 24. Februar noch möglich, in dem Putinismus in der Ukraine ein böses und in Syrien ein freundliches Gesicht zu sehen? Leider scheint das einigen immer noch möglich zu sein, nicht nur Faschisten und Rechtspopulisten in Europa. Schon in der ersten Woche nach Kriegsbeginn gab es eine unschöne Sammlung rassistischer Kommentare von ReporterInnen und PolitikerInnen, die Kriegsoffer und Flüchtlinge nach ihrer Haar-, Haut- und Augenfarbe hierarchisieren. Diejenigen, die «so sind wie wir», einheimische und ehemals migrierte EuropäerInnen, verdienen Unterstützung – im Gegensatz zu Menschen aus Syrien, Irak, Afghanistan oder aus Afrika und selbst noch anders als postmigrantische EuropäerInnen.

Der bulgarische Premierminister Kiril Petkow sagte es so: «Diese ukrainischen Flüchtlinge sind nicht wie die Flüchtlinge, mit denen wir sonst zu tun haben. Es sind intelligente, gebildete Menschen.» Die narzisstischen und selbstgefälligen Kommentare aus dem Westen sind nach der «genokratischen Wende»* überraschend. Die Äusserungen Petkows sind weniger als Willkommensgeste gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen zu verstehen. Meiner Meinung nach artikuliert sich in ihnen vor allem die Feindseligkeit gegenüber der postmigrantischen Wirklichkeit in Europa.

Kein syrisches Recht auf Selbstverteidigung gegen Völkermord

Charlie D'Agata, ein leitender Auslandskorrespondent von CBS News, sagte, dass die Ukraine eben nicht der Irak oder Afghanistan sei, wo seit Jahrzehnten Konflikte wüten. Es sei vielmehr ein relativ zivilisiertes, relativ europäisches Fleckchen Erde, in der man so etwas nicht erwarten würde. Im *Telegraph* schrieb Daniel Hannan: «Die Menschen in der Ukraine sind offensichtlich so wie

* Ein Bezug auf einen anderen Text von al-Haj Saleh, in dem er sich mit den Folgen des «Clash of Civilizations» und des Krieges gegen den Terror beschäftigt, die eine Herrschaft aus ethnischer Herkunft, Wahl-Verwandtschaft, Tradition und Ökonomie im nahöstlichen Raum begründete.



wir. Sie schauen Netflix, haben Instagram-Konten, nehmen an freien Wahlen teil und lesen unzensurierte Zeitungen. Das macht es so schockierend. Krieg sucht nicht mehr nur verarmte und abgelegene Regionen heim.» Die Logik hinter solchen Kommentaren ist, dass die UkrainerInnen den Krieg nicht verdient haben, weil sie wie wir sind, und wir im Gegensatz zu jenen anderen grossartig sind. Es ist also folgerichtig, dass, was nun sogar denen passiert, die wie wir sind, auch jenen anderen passiert, die anders sind und die in verarmten Teilen der Welt leben, zensierte Zeitungen lesen und nicht frei wählen können.

Aimé Césaire, der grosse Dichter und Politiker von Martinique, hat diesen «zivilisierten» Menschen etwas zu sagen. In seinem Diskurs über den Kolonialismus schrieb er 1950: «Was er, der sehr vornehme, sehr humanistische, sehr christliche Bourgeois des zwanzigsten Jahrhunderts, Hitler nicht verzeihen kann, ist nicht das Verbrechen gegen den Menschen und die Erniedrigung des Menschen an sich. Was er Hitler nicht verzeihen kann, sind das Verbrechen gegen den weissen Mann und die Erniedrigung des weissen Mannes, ist die Tatsache, dass

er kolonialistische Verfahren, die bis dahin ausschliesslich Arabern in Algerien, Kulis in Indien und Schwarzen in Afrika vorbehalten waren, auf Europa selbst angewandt hat.» Diese scharfe Geisselung der rassistischen Logik scheint immer noch gültig zu sein. Rassismus, so Judith Butler, etabliert auf der Wahrnehmungsebene «ikonische Versionen von Bevölkerungsgruppen, die äusserst bedauernswert sind, und von anderen, deren Verlust nicht schmerzt und auch nicht bedauernswert erscheint».

Sogar internationale SchriftstellerInnen haben es geschafft, einen offenen Brief zu verfassen, in dem sie die russische Invasion in der Ukraine verurteilen, ohne Syrien auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Die meisten der 1040 UnterzeichnerInnen haben sich noch nie zu dem russischen Krieg in Syrien geäussert. Auch ich habe den Brief unterschrieben. Die Kluft in den Solidaritätsbekundungen entspricht genau der Unterscheidung, welches Leben greifbar erscheint – was nichts anderes ist als eine Projektion der rassistischen Logik der globalen Souveränität und des Imperialismus auf das intellektuelle Leben. Es ist ziemlich enttäuschend, diese Logik

sogar in Kontexten zu finden, in denen konkreter Imperialismus wie die Invasion in die Ukraine verurteilt werden.

Im Krieg verbunden

Es ist erst wenige Monate her, dass ich an der Kiewer Biennale teilnahm. Es ging um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Solidarität und ihrer Praxis im Westen, insbesondere mit der selektiven Solidarität, die mir in Europa ziemlich verbreitet zu sein scheint. Als ich im November 2021 in Kiew sprach, kam es mir nicht in den Sinn, dass ich diese Selektivität vier Monate später in Bezug auf das imperialistische Russland erleben würde: kriminell in der Ukraine und nicht kriminell in meinem Land. Sagt das irgend etwas Wahres über die Ukraine oder Syrien aus? Oder gar über Russland? Es sagt vor allem wenig Erfreuliches über die westlichen Mächte aus, die noch jetzt das Verursacherprinzip zu kommerzialisieren verstehen, und so einigen Solidarität zuteil werden lassen, während sie andere abtun. Die, die Solidarität gewähren, erhalten im Gegenzug symbolisches Kapital.

Fortsetzung Seite 24

Es ist eine gewisse Erleichterung, dass nach drei Wochen Krieg in der Ukraine inzwischen mehr Menschen in den sozialen und sogar in den Mainstream-Medien auf die russische Unterstützung des Regimes in Syrien und Putins Beitrag zur hoffnungslosen Situation im Land hinweisen. Immer mehr Menschen erinnern sich jetzt an Aleppo und daran, dass Russland Krankenhäuser in syrischen Bezirken angegriffen hat, was es nun in Mariupol wieder tut. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass ein Paradigmenwechsel eingeleitet ist. In Syrien gibt es immer noch ein US-amerikanisches Russland.

Die Ukraine sollte verteidigt werden, und das ukrainische Volk sollte in seinem Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt werden. Der Krieg der Putinisten ist ein imperialistischer Angriff. Er muss verurteilt werden und die russische Armee muss sich vollständig zurückziehen. Aber das sollte auch in Syrien geschehen. Die derzeitige Dynamik sieht allerdings eher danach aus, dass die Ukraine syrisiert wird, das heisst, ganz oder teilweise unter die Besatzung fällt, als dass Syrien ukrainisiert wird, das heisst, dass den Menschen dort auf irgendeine Weise gegen den russischen Imperialismus geholfen wird. Im Krieg, so scheint es, zeigt sich die Welt entgegen der herrschenden Politik der Trennung entlang nationaler Grenzen als zutiefst miteinander verbundene.

Übersetzung: Christian Sälzer. Dieser Beitrag erschien zuerst im *medico-Rundschreiben* 1/2022.

Yassin al-Haj Saleh ist ein syrischer Schriftsteller, ehemaliger politischer Gefangener und Mitbegründer der kritischen Online-Zeitung «Al-Jumhuriya». 2017 ist sein Buch «The Impossible Revolution: Making Sense of the Syrian Tragedy» erschienen.

Voranzeige

Die Schweiz als Friedensstifterin

Veranstaltung der Gesellschaft Schweiz-UNO sowie der Schweizerischen und Aargauer Offiziersgesellschaft

Mittwoch, 17. August 2022 um 18 Uhr in der Berufsschule Aarau.

Referate: Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, Auslandseinsätze der Armee sowie von Patrick Gauchat, dem Chef der UNO-Friedensmission zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten (UNTSO), unter der Leitung von Markus Heiniger, ehemals EDA/DEZA.

Asyl für russische Kriegsgegner!

Die Schweiz muss dazu beitragen, die russische Kriegsmaschinerie zu stoppen, die seit dreieinhalb Monaten Tod und Zerstörung über die Ukraine bringt und Millionen von UkrainerInnen zur Flucht zwingt. Bundesrat und Parlament müssen russischen Deserteuren und Militärdienstverweigerern sowie allen Personen, die sich in Russland öffentlich gegen den Krieg aussprechen, dringend Asyl gewähren. Dies fordert eine am 13. Mai 2022 mit einigen Tausend Unterschriften eingereichte Petition.

«Seit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen den souveränen Staat Ukraine und seine Bevölkerung hat die enorme Solidarität der Menschen in der Schweiz unsere Regierung dazu veranlasst, die Türen unseres Landes weit zu öffnen und Zehntausenden von UkrainerInnen, die Opfer dieser Aggression geworden sind, uneingeschränkt Asyl zu gewähren. Wir begrüßen dies sehr. Wir sind jedoch der Ansicht, dass das Recht auf Asyl auch anderen Opfern der Aggression und der diktatorischen Herrschaft von Wladimir Putin garantiert werden muss, zu deren Aufnahme sich die Schweiz öffentlich verpflichten sollte.

Es drohen schwere Strafen und gar ein Kriegsgericht

Dabei handelt es sich vor allem um junge Soldaten, die von Putins militärischer Ordnung unfreiwillig zu Mördern im Dienste eines barbarischen Angriffskrieges gemacht werden. Für viele dieser jungen Menschen im Alter von 18 bis 20 Jahren besteht die Aussicht in diesem Krieg, den sie nicht gewählt haben, im Kampf zu sterben. Andere, die im Zuge der Kriegsdynamik töten, Gewalttaten verüben oder gar Kriegsverbrechen begehen, sind durch diesen Krieg zu einer Zukunft mit Alpträumen und schweren psychischen Störungen verurteilt.

Ihnen droht die schwierige Rückkehr ins Zivilleben, die viele US-amerikanische Wehrpflichtige erlebt haben, nachdem sie in Vietnam oder jüngst im Irak gewütet und getötet hatten. In Russland selbst laufen Hunderttausende junger Menschen Gefahr, ebenfalls mobilisiert und an die Front geschickt zu werden,

um dort schlimme Dinge zu verrichten. Wie die Älteren, die bereits dort sind, haben auch sie keine andere Wahl als zu desertieren, sich der Wehrpflicht zu entziehen, den Gehorsam zu verweigern und damit schwere Strafen oder sogar ein Kriegsgericht zu riskieren.

Botschaftsasyl für KriegsgegnerInnen!

Die verschärften Strafen für alle, die es wagen, von Krieg und nicht von einer «Spezialoperation» zu sprechen, die brutale Unterdrückung von KriegsgegnerInnen sowie die Inhaftierungen machen es den BürgerInnen in Russland unmöglich, eine breite Bewegung gegen den Krieg aufzubauen. Wir sind daher der Ansicht, dass all diese Gruppen ebenfalls Asyl erhalten sollten, da auch sie Opfer der diktatorischen und imperialen Politik von Wladimir Putin sind.

Daher ist es wichtig, dass die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konvention ihre Rolle heute ernst nimmt und sofort ein Botschaftsasyl für russische Kriegsdienstverweigerer und Dissidenten einführt. Damit würde die Schweiz einen echten Beitrag zur Verhinderung einer weiteren Eskalation des Krieges leisten. Mit einem Botschaftsasyl für Kriegsdienstverweigerer, Dissidenten und FriedensaktivistInnen kann verhindert werden, dass eine ganze Generation junger RussInnen in die Ukraine geschickt wird, um dort als Kanonenfutter für Putins Machtfantasien zu dienen.

Wir fordern deshalb das Schweizer Parlament und den Bundesrat auf, öffentlich anzukündigen, dass allen russischen Deserteuren, allen jungen Russen, die die Einberufung zum Militärdienst verweigern, und allen in Russland lebenden Personen, denen aufgrund ihrer Ansichten zum Krieg Repressionen und Gefängnis drohen, das Recht auf Asyl in der Schweiz gewährt wird. Die Tragweite einer solchen öffentlichen Ankündigung seitens der schweizerischen Behörden würde als Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber einer ungerechten Regierung verstanden werden.»

Studieren im Luftschutzkeller

Odessa wird von russischen Raketen beschossen. Derweil geht das Studium weiter. Ein ukrainischer Journalismus-Student berichtet (Übersetzung von Diana Schenkel).

/Vladyslav Vigel/

Als der Krieg ausbrach, schliefen in Odessa die meisten noch und erfuhren vom Beginn der Gewalt erst durch Anrufe von FreundInnen oder Verwandten. Ich bin da keine Ausnahme. Der Anruf eines Freundes riss mich aus dem Schlaf. Er sagte nur: «Der Krieg hat begonnen!» Ich sprang sofort aus dem Bett und rannte zu meinen Eltern, aber sie waren schon wach und hatten bereits aus den Nachrichten vom Krieg erfahren. Wir waren alle schockiert.

Nach dem Frühstück ging ich gleich mit einem Freund zum nächsten Lebensmittelgeschäft, um Trinkwasser und lang haltbare Lebensmittel zu kaufen. Auf dem Weg zum Laden sahen wir bereits viele Menschen mit Koffern die Strassen hinunterrennen. Einige warfen Dinge in ihre Autos, andere trugen schwere Taschen voller Lebensmitteln. Als wir im Laden ankamen, waren einige Regale schon leer. Wir standen über eine Stunde lang in der Schlange zur Kasse.

Wieviele Gräueltaten gelangen noch an die Öffentlichkeit?

Viele BewohnerInnen von Odessa meldeten sich noch am gleichen Tag freiwillig zur Verteidigung der Stadt. Andere machten sich sofort daran, im Krankenhaus Blut zu spenden, Tarnnetze zu weben und Barrikaden zur Stadtverteidigung zu bauen. Die UkrainerInnen waren vom ersten Tag an so vereint wie nie zuvor. Alle helfen grossherzig mit und jede/r tut, was er/sie kann.

Meine KlassenkameradInnen und FreundInnen leben in den verschiedensten Regionen der Ukraine, aber es gibt keine Person, die von diesem Krieg nicht betroffen ist. Es ist für mich schwierig, es einen Krieg zu nennen, weil es eigentlich ein echter Völkermord an den UkrainerInnen ist. Es wurden schon so viele ZivilistInnen getötet! Mehr als 20'000 allein in Mariupol. So viele

wurden vergewaltigt und verstümmelt, sogar Kinder! Man will sich kaum vorstellen, wie viele weitere Gräueltaten nach dem Sieg der Ukraine an die Öffentlichkeit gelangen werden. Denn es gibt Städte und Dörfer, die immer noch unter russischer Besatzung sind. Googelt die Worte Butscha, Irpin, Mariupol, Charkiw. Sie stehen nur für einen Teil der Katastrophe, die der russische Angriff auf meine Heimat verursacht hat.

Heulen die Sirenen los...

Die Veranstaltungen meiner Uni finden jetzt online statt. Für mein Journalismus-Studium muss ich als Hausaufgabe mehrmals pro Woche Videos drehen. Aber es ist momentan gefährlich auf den Strassen und während des Krieges ist es sowieso verboten, Videos und Fotos zu machen. Die Schwierigkeit besteht also darin, Ideen für ein Video zu finden, die sich zu Hause realisieren lassen. Während dem Unterricht gilt die Regel: Heulen die Sirenen los, weil ein Luftalarm ausgelöst wurde, werden die Lektionen sofort abgebrochen und alle Studierenden bringen sich in Sicherheit.

Jetzt haben auch alle UkrainerInnen immer eine Notfalltasche mit den wichtigsten Gegenständen bereit, um sich sofort in den Luftschutzkeller begeben zu können. Ich werde mich für immer an den ersten Abstieg in den Keller erinnern. Wie ich mich schnell anzog, meinen Hamster und meinen Hund packte und mich mit meinen Eltern so schnell wie möglich im Keller in Sicherheit brachte.

«Aus dem dem Fenster heraus sehe ich Raketen»

Seit Beginn des Krieges habe ich es mir zur Hauptaufgabe gemacht, mich aktiv an der Information über den Krieg zu beteiligen. Ich will die wahren Geschehnisse beleuchten und meine Gedanken in die Welt hinaustragen. Über Instagram wurde ich von einem Journalisten einer tschechischen Zeitung entdeckt, für mich ein grosses Glück. Für die Zeitung schreibe ich nun ein Kriegstagebuch aus Odessa.

Ich hätte mir nie vorstellen können, Raketen nicht nur als Ausstellungsobjekt

in Museen, sondern auch vor meinen Fenstern zu sehen. Auch dieses Bild werde ich nie vergessen. Ich schaue abends aus dem Fenster und sehe Raketen, die eine nach der anderen aus dem Himmel fallen, sehr nahe. Es ist mir oft passiert, dass ich nicht zu Hause war, als Raketenangriffe stattfanden. Ich musste jeweils alles stehen und liegen lassen und zur nächstgelegenen Deckung rennen.

Es ist schrecklich: Du rennst, der Luftalarm ertönt, du hörst Explosionen. Doch fast scheint es so, als würde man sich an alles gewöhnen. Mittlerweile reagieren die EinwohnerInnen von Odessa beim Ertönen der Sirenen, die den Beginn eines Luftangriffs ankündigen, schnell und – man könnte sagen – professionell. Denn nach zwei Monaten Krieg wissen alle genau, was zu tun ist, wenn uns der Angriff trifft.

Sieben Raketen auf Odessa

Wir haben in der Ukraine in den letzten zehn Jahren so viele Krisen durchlaufen. Seit 2014 leben die UkrainerInnen unter ständiger Anspannung: der Euromaidan (die Revolution der Würde), die Annexion der Halbinsel Krim, der Krieg im Donbass, Covid-19 – und nun dieser Krieg in der gesamten Ukraine. Heute, während ich diesen Text schreibe, am 23. April 2022, einen Tag vor Ostern, haben die russischen Truppen sieben Raketen auf Odessa abgefeuert, auf meine geliebte Heimatstadt Odessa! Zwei davon trafen ein Hochhaus, acht Menschen wurden getötet, darunter ein Mädchen, das erst drei Monate alt war. 18 Menschen wurden verletzt.

Es ist schrecklich zu sehen, dass die UkrainerInnen unter der Verrücktheit des Nachbarlandes leiden müssen. Aber ich glaube an eine bessere Zukunft. Ich bin mir sicher, dass die Ukraine den Krieg gewinnen wird, und bin stolz darauf, Ukrainer zu sein! Ich liebe meine Heimat und alle UkrainerInnen! Ich danke allen Ländern für die Unterstützung der Ukraine! Die Ukraine braucht jetzt militärische Unterstützung, um die russische Armee schnell zu besiegen. Wir kämpfen nicht nur für unsere Zukunft, sondern auch für ganz Europa und die Welt! Es lebe die Ukraine!

Die Waffenausfuhrstatistik 2021

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Deutschland	123'380'258	Malaysia	3'959'395	Luxemburg	73'277
Dänemark	96'166'992	Finnland	3'913'030	Island	62'994
USA	90'798'438	Estland	3'606'939	Kroatien	60'946
Rumänien	87'067'658	Brasilien	3'405'231	Zypern	35'645
Botswana	63'466'976	Pakistan	2'967'260	Portugal	30'195
Saudi-Arabien	51'366'741	Litauen	2'731'869	Macau	28'146
Belgien	21'900'933	Türkei	2'648'485	Lettland	21'278
Irland	19'357'876	Katar	2'204'545	Malta	18'407
Spanien	18'475'249	Tschechische Republik	1'872'984	Vatikan	16'998
Frankreich	17'460'117	Bulgarien	1'531'550	Griechenland	11'535
Italien	15'364'570	Südafrika	1'517'310	Kuwait	7'245
Ungarn	13'022'963	Indonesien	1'393'807	Mexiko	6'400
Österreich	12'925'642	Algerien	1'282'176	Kosovo	5'920
Norwegen	10'056'999	Israel	1'197'826	Uruguay	4'133
Australien	8'699'536	Slowenien	1'040'690	Andorra	3'652
Grossbritannien	8'316'807	Chile	858'778	Neukaledonien	991
Niederlande	7'975'342	Singapur	822'027	Jordanien	700
Schweden	7'126'438	Japan	642'616	Hongkong	250
Arabische Emirate	6'215'334	Serbien	567'870	Indien	4
Slowakei	5'844'512	Djibouti	458'800		
Oman	4'672'987	Südkorea	449'263		
Bahrein	4'591'134	Bangladesh	439'378		
Tunesien	4'574'586	Polen	357'016	Total 67 Länder	742'803'271
Kanada	4'390'334	Neuseeland	94'556		

Zur Waffenausfuhrstatistik 2021

Die offizielle Statistik der Ausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial inklusive einem separaten Bericht zu den Kleinwaffen, die das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco jedes Jahr zusammenstellt und dieses Jahr recht spät, erst am 25. März 2022, publizierte, verzeichnet für 2021 einen Umfang von 742,8 Millionen Franken. Dies entspricht gegenüber 2020, mit 901 Mio. Franken ein absolutes Rekordjahr, einem Rückgang von 158,4 Mio. bzw. 18 Prozent, was immer noch das zweithöchste Ergebnis seit Anfang der 1980er-Jahre bedeutet.

Die fünf grössten Abnehmer von Kriegsmaterial waren, mit Ausnahme von Indonesien, wie schon 2020 Deutschland, Dänemark, die USA, Rumänien und Botswana. Dabei handelt es sich bei Dänemark und Rumänien um Panzerwagen der Kreuzlinger Firma Mowag, die seit 2018 einen Milliarden-auftrag abwickelt und dafür extra eine neue Fabrik in Tägerwil TG gebaut hat. Auch bei Botswana handelt es sich um einen seit Jahren laufenden Mowag-Panzerwagenauftrag.

Hingegen wurden nach Deutschland diverse Munitionsarten und -komponenten geliefert. Die seit Langem lau-

fenden Munitionslieferungen in unser Nachbarland sind kürzlich ins Gerede gekommen, weil die deutsche Regierung Munition für die geplante Lieferung von Gepard-Panzern an die Ukraine benötigte, was der Bundesrat in Berufung auf

eine Nichtwiederausfuhrbestimmung verweigerte. Auffallend sind die anhaltenden Lieferungen an das im Jemen-Krieg involvierte Saudi-Arabien, immerhin für 51 Mio. Franken. Das Seco begründet das trotz einem seit Länge-

Statistik Kriegsmaterial und besondere militärische Güter

Jahr	Kriegsmaterial	Bes. mil. Güter	Total
2006	397'611'423	231'326'053	628'937'476
2007	464'482'098	493'035'484	957'517'582
2008	721'968'433	338'163'361	1'060'131'794
2009	727'722'790	228'328'366	956'051'156
2010	640'498'611	198'349'995	838'848'606
2011	872'684'995	1'104'728'925	1'977'413'920
2012	700'420'664	2'408'077'896	3'108'498'560
2013	461'192'174	405'270'501	866'462'675
2014	563'500'800	887'665'453	1'451'166'253
2015	446'550'281	1'165'128'164	1'611'678'445
2016	411'938'930	693'116'869	1'105'055'799
2017	446'813'934	70'613'282	517'427'216
2018	509'880'699	24'753'152	534'633'851
2019	727'960'644	19'605'603	747'566'247
2020	901'184'773	45'316'364	946'501'137
2021	742'803'271	58'620'018	801'423'289

rem bestehenden Exportverbot damit, es würden nur noch Ersatzteile und Munition für frühere Waffen nachgeliefert. Bei diesen habe es sich um Flugabwehrsysteme gehandelt, bei denen kein Grund zur Annahme bestünde, dass sie im Jemen-Krieg eingesetzt würden. In den Nahen Osten wurden zudem Waffen in die Vereinigten Arabischen Emirate im Umfang von erheblichen 6,2 Mio. Franken geliefert, nach Oman machten sie gut 4,6 Mio. aus, Bahrein erhielt Kriegsgerät für knapp 4,6 Mio. und Katar für 2,2 Mio. Franken.

Rund 65 Prozent des ausgeführten Kriegsmaterials waren für die 25 Länder bestimmt, die den vier internationalen Exportkontrollregimen für die Kontrolle strategisch sensibler Güter angehören (Gruppe der Atomlieferländer, Australiengruppe, Raketentechnologiekontrollregime, Wassenaar Vereinbarung). Nach Europa wurden 65 Prozent der Güter geliefert, nach Asien rund 11, nach Afrika 10, nach Amerika 13 und nach Australien ein Prozent, was ungefähr der Vorjahresverteilung entspricht. Rund 40 Prozent entfielen dabei auf Panzerfahrzeuge, 25 Prozent auf Munition und -bestandteile, 12 auf Feuerleiteinrichtungen sowie 8 Prozent auf Kleinwaffen und 6 Prozent auf Bestandteile von Kampfflugzeugen. Die restlichen 9 verteilten sich auf 9 weitere Kategorien.

Zu den sogenannten besonderen militärischen Gütern

Ausserhalb der offiziellen Statistik bewegen sich die sogenannten besonderen militärischen Güter, die unter das Güterkontrollgesetz fallen – zu diesen zählen Aufklärungsdrohnen, Nachtsichtgeräte, Entmagnetisierungsanlagen, Entfernungsmesser, Wärmebildausrüstung, Schutzausrüstung für das Entschärfen von Sprengkörpern, Schutzwesten etc. Wer sich im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg mit den Waffenlieferungen befasst hat, die von der ukrainischen Politik und Armee dringend gewünscht werden, kann die Bedeutung obiger Geräte für den Verteidigungskrieg ermes sen.

Und natürlich fallen auch militärische Trainingsflugzeuge wie diejenigen der Firma Pilatus unter das Güterkontrollgesetz, die nicht als Kriegsmaterial deklariert werden, obwohl sie unverzichtbarer Bestandteil für eine effiziente Ausbildung der jeweiligen Luftwaffen bilden. Der Gesamtwert dieser «besonderen Güter» belief sich letztes Jahr auf 58 Mio. Franken, was einer Steigerung

gegenüber dem Vorjahr von 13 Mio. Franken entspricht (siehe die entsprechende Tabelle links unten auf Seite 26).

Zu den kleinen und leichten Waffen

Auch der Report zu den bewilligten kleinen und leichten Waffen (SALW) verzeichnet Zuwächse. Während Kleinwaffen für die Verwendung durch Einzelpersonen erfasst werden (Revolver, Selbstladepistolen, Gewehre und Karabiner, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und leichte Maschinengewehre) und vorwiegend an Polizei- und andere Sicherheits- bzw. Repressionskräfte ausgeliefert werden, sieht es bei den «leichten» Waffen, die von Mannschaften bedient werden, schon anders aus. Dazu gehören schwere Maschinengewehre, tragbare unter dem Lauf angebrachte und aufmontierte Granatwerfer, tragbare Flug- und Panzerabwehrkanonen, Leichtgeschütze, tragbare Abschussgeräte für Panzer- und Flugabwehrflugkörper und -raketen sowie um Mörser.

Sie alle sind Geräte, die ihre kriegswichtige Bedeutung in der Ukraine demonstriert haben. Allerdings: die Ex-

portbewilligungen dieser Waffenkategorie machten kaum eine Million Franken von insgesamt 107,5 Mio. (im Vorjahr 68 Mio.) aus, der Rest subsummierte sich unter «Kleinwaffen». Dabei bildeten die USA (46,6 Mio), Kanada (2,3 Mio.) sowie Frankreich 867'000 Franken) den Hauptharst – und auch hier tauchen die Vereinigten Arabischen Emirate mit Pistolen für über eine Million Franken auf. Wie erwähnt, handelt es sich hier um Bewilligungen, deren Exporte sich über mehrere Jahre ausdehnen können oder die auch nicht unbedingt ausgeschöpft werden. Effektiv wurden nach dem Seco 2021 kleine und leichte Waffen für 57,5 Mio. Franken ausgeführt. Doch ohne Munition erfüllen diese Waffen keinen Zweck, weshalb dazu noch Bewilligungen für deren Munition im Umfang von gut 79 Mio. Franken ausgestellt und für 74,3 Mio. Franken effektiv ausgeliefert wurden. Zusammen gerechnet wurden demgemäss im letzten Jahr Waffen samt Munition für 186,3 Mio. Franken bewilligt und für 131,8 Mio. effektiv exportiert. (pw)

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Rüstungsindustrie siehe Seite 29.



Montag, 8. August, 17:00h, Haus der Begegnung, Aula

Gastvortrag von Thomas Greminger

Frieden in Europa: Welche Rolle spielt die Schweiz? (Teil 1)

Thomas Greminger ist ehemaliger Generalsekretär der OSZE und Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik. Ab 2010 war er Botschafter der Schweiz bei der OSZE und den Vereinten Nationen. Während des OSZE-Vorsitzes der Schweiz im Jahr 2014 leitete er den Ständigen Rat der OSZE und war massgeblich daran beteiligt, die Beobachtermission für die Ukraine zu errichten.

www.forumfriedenskultur.ch/ilanzer-sommer/

Montag, 8. August, 20:00h, Haus der Begegnung, Aula

Podiumsgespräch mit Andreas Zumach, Journalist und Publizist; Angela Mattli, Public Eye; und Leandra Bias, Swisspeace, Genderexpertin. Moderation: Laurent Goetschel, Swisspeace.

Frieden in Europa: Welche Rolle spielt die Schweiz? (Teil 2)

Wie gelingt friedenslogisches Handeln in Zeiten von Krieg? Wo haben unsere Instrumente und Politiken versagt? Wie können wir eine neue Friedensarchitektur in Europa gestalten, in der sich alle sicher fühlen? Welche Rolle kann die Schweiz dabei spielen?

Die Kraft der Literatur

Die Kraft der Literatur, wie sie in den Gedichten von Halyna Petrosanyak spürbar wird, zeigt sich in zahlreichen Werken von ukrainischen Autorinnen und Autoren. Die hier aufgeführten Titel sind nur eine Auswahl. Die Auseinandersetzung mit diesen Werken lohnt sich, sie öffnen den Blick, erzählen historische Hintergründe, blicken erstaunlich oft in eine Zukunft, die heute Gegenwart ist.

/ Liliane Studer /

Die ukrainische Autorin und Dichterin Halyna Petrosanyak, geboren 1969 in den ukrainischen Karpaten, lebt seit 2016 in Basel. Sie übersetzt aus dem Deutschen ins Ukrainische, schreibt Prosa und Lyrik. 2021 ist ihr erster Roman in der Ukraine erschienen. Seit Februar 2022 können auch deutschsprachige LeserInnen die Gedichte von Halyna Petrosanyak entdecken: Die Sammlung mit dem etwas sperrigen Titel *Exophonien* – was Ruth Schweikert in ihrem Vorwort mit «Anderssprachigkeiten» übersetzt – umfasst eine Auswahl an Gedichten aus verschiedenen auf Ukrainisch erschienenen Bänden. In ihren Texten thematisiert die Dichterin die Mehrsprachigkeit ebenso wie das

Zusammenleben verschiedener Ethnien und die ukrainische Offenheit gegenüber dem Westen. Andere Gedichte erzählen von der Liebe, von der Hoffnung.

*Vielleicht
funkelt heute
die kostbare Nadel der Wünsche
in einem von hundert
Heuschobern.
(Selbstübersetzung)*

Manches Gedicht liest sich nach Ausbruch des Krieges nochmals ganz anders und erhält eine überraschende Brisanz. Etwa das Gedicht *Du sollst dich nicht wehren*, das 2014 nach dem russischen Einmarsch in den Donbass entstand und die europäische Beschwichtigungshaltung schon damals heftig kritisierte.

*Sei
gescheit:
lass dich
nett lächelnd
in Stücke zerreißen
und vergiss alles.
Das würden wir tun,
wären wir du,
sicher,
ganz sicher.
(Übersetzt von Maria Weissenböck)*

Halyna Petrosanyak



Exophonien ist kurz vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erschienen. Dadurch erfährt für einmal auch ein Gedichtband einer bislang wenig beachteten Autorin grosse Aufmerksamkeit. Halyna Petrosanyak wird an Lesungen und Diskussionsrunden eingeladen.

Halyna Petrosanyak: *Exophonien*. Gedichte. Mit einem Vorwort von Ruth Schweikert. Der gesunde Menschenversand 2022 (Reihe *essais agités*, hrsg. von Alit – Verein Literaturstiftung).

Andrej Kurkow

Der bekannte Krimiautor Andrej Kurkow, der 1961 in St. Petersburg geboren wurde und seit seiner Kindheit in Kiew lebt, gehört zu den wichtigsten zeitgenössischen ukrainischen Autoren. In *Graue Bienen* erzählt er vom Bienenzüchter Sergej, der im Donbass lebt, wo ukrainische Kämpfer und prorussische Separatisten sich bekriegen. Er will davon jedoch nichts wissen und hält sich

ganz an die Ordnung, die im Bienenvolk gilt. Bis er eines Tages aufbricht und die Bienen dorthin bringt, wo sie in Ruhe Nektar sammeln können.

Im Juli 2022 erscheint mit *Samson und Nadjeschda* ein weiterer Kriminalroman, der 1919 in Kiew spielt, unmittelbar nach der Russischen Revolution. Und im August 2022 legt Kurkow bei Haymon den Band *Die Vermessung des Krieges* vor, in dem er direkt aus der Ukraine über den Krieg berichtet, historische Kontinuitäten aufzeigt und den Kampf der UkrainerInnen um Selbstbestimmung und Menschlichkeit begreifbar macht.

Andrej Kurkow: *Graue Bienen*. Roman. Aus dem Russischen von Sabine Grebing und Johanna Marx. Diogenes 2021.

Tanja Maljartschuk

Tanja Maljartschuk ist 1983 in der Ukraine geboren und auch dort aufgewachsen, seit 2011 lebt und arbeitet sie in Wien. Seit dem Euromaidan und der Annexion der Krim bezieht sie Stellung, schreibt, erklärt, diskutiert. Am diesjährigen Literaturfestival Leukerbad (24.–26. Juni) wird Tanja Maljarschuk im Gespräch mit dem Historiker Karl Schlögel zu hören sein. In ihrem Roman *Blauwal der Erinnerung* schreibt sie von einem vergessenen ukrainischen Volkshelden, dessen Leben mit jenem der Ich-Erzählerin verknüpft wird. Der Roman beeindruckt durch seine Sprache und seine Aktualität.

Tanja Maljartschuk: *Blauwal der Erinnerung*. Roman. Aus dem Ukrainischen von Maria Weissenböck. Kiepenheuer & Witsch 2018.

Katja Petrowskaja

1970 in Kiew geboren, lebt Katja Petrowskaja seit 1999 in Berlin. Ihr Debüt *Vielleicht Esther* erschien 2014 und war sehr erfolgreich. Sie erzählt die Geschichte ihrer Grossmutter Esther, die 1941 im besetzten Kiew allein zurückblieb, sie macht sich auf die Spuren des Grossonkels, der 1932 ein Attentat auf den deutschen Botschaftsrat in Moskau verübte, fragt nach «Simon, dem Hörenden», der in Warschau im 19. Jahrhundert ein Waisenhaus für taubstumme jüdische Kinder gründete. Auch diese Geschichten lesen sich heute wie eine Vorgeschichte zu den Geschehnissen in der Ukraine.

Eben ist von Katja Petrowskaja der Band *Das Foto schaute mich an* erschienen mit den Foto-Kolumnen, die die Autorin seit 2015 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* veröffentlicht hat. Entstanden sind knappe Porträts auf kleinstem Raum, die Geschichten

erzählen und Einblick geben in intime Momente zwischen Autorin und porträtierte Person.

Katya Petrowskaja: Das Foto schaute mich an. Suhrkamp 2022.

Serhij Zhadan

Obwohl Serhij Zhadan seinen Roman *Internat* bereits 2017 auf Ukrainisch veröffentlicht hat, liest er sich heute, als wäre er direkt in den Wochen nach dem 24. Februar 2022 geschrieben worden. Der Lehrer Pascha, der eigentlich nichts mit Politik am Hut hat, wird mit dem Krieg konfrontiert und kann sich nicht mehr entziehen. Er entscheidet, seinen Neffen auf der anderen Seite der Stadt aus dem Internat zu holen und in Sicherheit zu bringen. Seine Odyssee quer durch die Stadt, durch vertraute Gegenden, die jetzt zerstört sind, mit Aufenthalt in überfüllten Bahnhöfen, vermittelt alles über den Krieg, wie er heute geführt wird. Serhij Zhadan ist 1974 in Starobilsk/Gebiet Luhansk geboren und lebt in Charkiw. Er publiziert seit 1995 Gedichtbände und Prosawerke. Bekannt geworden im deutschsprachigen Raum ist er mit dem Roman *Die Erfindung des Jazz in Donbass*.

Serhij Zhadan: *Internat*. Aus dem Ukrainischen von Juri Durkot und Sabine Stöhr. Suhrkamp 2018.

Abonnieren Sie den Newsletter des SFR

Seit einiger Zeit versenden wir unseren elektronischen Newsletter an interessierte Abonnentinnen und Abonnenten, uns nahestehende Organisationen sowie Medien. Er erscheint viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG**. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe machen wir auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam.

Der Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne allen Interessierten zustellen. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Sie wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können. *Bestellungen an info@friedensrat.ch*

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Schweizer Rüstungsindustrie

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Zahlen zur Kriegsmaterialausfuhr 2021 hat das Seco den Bericht «Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schweizer Rüstungsindustrie»* auf seine Homepage gestellt. Wir zitieren im Folgenden einige Passagen aus der Zusammenfassung des Berichts:

«Eine zentrale Aufgabe des Staates ist es, die Sicherung des inneren und äusseren Friedens sowie die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Als wichtiges Element der Schweizer Sicherheitspolitik gilt *eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität* zur Herstellung von Rüstungsgütern (Artikel 1 des Kriegsmaterialgesetzes).

In der medialen Öffentlichkeit wird neben sicherheitspolitischen Überlegungen regelmässig auch über die ökonomische Bedeutung der Rüstungsindustrie diskutiert. Eine umfassende Faktenbasis zur volkswirtschaftlichen Einordnung fehlt allerdings bislang. Diese Informationslücke soll mit der vorliegenden Studie geschlossen werden. Im Zentrum stehen hierbei die Wertschöpfung und die Zahl der Arbeitsplätze, welche mit der wirtschaftlichen Aktivität der Rüstungsindustrie in der Schweiz verbunden sind.

Sämtliche Berechnungen wurden für das Jahr 2019 durchgeführt. Gemessen an den Exporten von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern kann dieses Jahr als gutes, wenn auch nicht aussergewöhnliches Geschäftsjahr der Rüstungsindustrie beschrieben werden. Das Jahr 2020 stellt hingegen gemessen an den Kriegsmaterialexporten ein ausserordentliches Jahr dar. Zudem ist für das Jahr 2020 eine Quantifizierung struktureller Zusammenhänge sowie eine aussagekräftige Einordnung der Effekte in den gesamtwirtschaftlichen Kontext aufgrund der Verwerfungen der Corona-Pandemie kaum möglich.

Ein erster Teil der Studie besteht in der Erstellung eines volkswirtschaftlichen Portraits der Schweizer Rüstungsgüterindustrie. (...) Der Anteil der Rüstungsgüterindustrie an der industriellen Wertschöpfung liegt bei 1,2 Prozent. Bezogen auf die Zahl der Arbeitsplätze liegt der Anteil am Arbeitsplatz Schweiz

bei 1,5 Prozent. In Relation zur gesamten Schweizer Volkswirtschaft liegt der Anteil bei knapp über einem Fünftel Prozent (0,22 Prozent an der gesamten Wertschöpfung, 0,23 Prozent an der Zahl der Arbeitsplätze). (...)

Die unmittelbar bei den Herstellern der Rüstungsgüter erwirtschaftete Wertschöpfung beträgt 858 Mio. Franken, was einem Anteil von 0,12 Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz und 0,6 Prozent der industriellen Wertschöpfung entspricht. (...) Unter Einbezug vorgelagerter Wertschöpfungsketten ergibt sich durch die Rüstungsgüterproduktion in der Schweiz eine Wertschöpfung von 1'256 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 0,18 Prozent an der Gesamtwirtschaft. (...)

Berücksichtigt man zusätzlich auch die Effekte aus der Produktion zivil genutzter Güter, ergibt sich bei den Unternehmen der Rüstungsindustrie eine Wertschöpfung von 1'583 Mio. Franken. Die Multiplikatoreffekte in anderen Branchen belaufen sich auf insgesamt 708 Mio. Franken. Der gesamte Wertschöpfungseffekt unter Einbezug vorgelagerter Wertschöpfungsketten beträgt damit 2'291 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 0,32 Prozent an der Schweizer Wirtschaft.»

Kommentar

Mit Grafiken und Tabellen wird ein «Economic Footprint» darzustellen versucht. Aber auch nur den kleinsten Hinweis auf einen solchen sucht man vergebens. Es wäre ja noch schöner, wenn auch nur der geringste Schatten auf die für die Sicherheit der Schweiz unabdingbare Rüstungsindustrie fallen würde. Und selbstverständlich gibt es auch keine Überlegungen dazu, ob diese Produktion im Inland für die Sicherheit der Schweiz eine Notwendigkeit darstellt und ob allenfalls ein Einkauf im Ausland nicht wesentlich günstiger sein könnte. Und noch viel selbstverständlicher wird der Aspekt ausgeblendet, wie viele Opfer der Einsatz von exportiertem Kriegsmaterial aus der Schweiz im Rest der Welt kostet. (rt)

* Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schweizer Rüstungsindustrie. Studie im Auftrag des Staatssekretariates für Wirtschaft Seco, Basel, September 2021; Herausgeber: BAK Economics AG.



**Denk
netz**
réseau de réflexion
pensiert in rete
think network

VERANSTALTUNG
MITTWOCH · 8. JUNI 2022
20 UHR · HOTEL BERN · BERN

DER UKRAINE KRIEG UND DIE SCHWEIZ

Der **Krieg** in der Ukraine dauert an. Jeder Kriegstag bringt neues Leid hervor, laufend kommen neue **Gräueltaten** ans Licht. Krieg kennt keine Sieger. Die Bemühungen der Weltgemeinschaft müssen auf ein möglichst rasches **Ende der Gewalt** abzielen.

Der **russische Angriffskrieg** ist selbstredend nicht nur ein ukrainisches und nicht nur ein militärisches Problem. Er wirft auch ein – erneutes – Schlaglicht auf globale gesellschaftliche Verhältnisse, die weder sozial noch wirtschaftlich noch ökologisch nachhaltig sind.

Gerade auch die **Schweiz als wichtige Drehscheibe** des internationalen Rohstoffhandels und als sicherer Hafen für **Gelder von Potentaten und Oligarchen** aus autoritären Regimen steht in der Verantwortung. Sie hat dazu beigetragen, Putin aufzubauen und seine Kriegskasse zu füllen.

Vor diesem Hintergrund findet im Anschluss an die Denknetz-Mitgliederversammlung eine Veranstaltung zu den politischen Folgen des Ukraine-Krieges statt.

- Welche Schlüsse muss die Schweizer Linke aus dem Krieg ziehen?
- Wie stellt sie sich zu den aufkeimenden Aufrüstungsdebatten, wie zur neuen «geistigen Aufrüstung» des Westens?
- Wie lässt sich gerade jetzt den Forderungen nach einem sauberen Finanz- und Handelsplatz und einer postfossilen Energieversorgung Schub verleihen? Und was kann feministische Friedenspolitik im aktuellen Kontext bewirken?

Diese und weitere Fragen diskutieren u.a. der Historiker **Jo Lang** (ehemaliger Nationalrat, Gründungsmitglied der GSoA) und **Anne-**

**Denk
netz**
réseau de réflexion
pensiert in rete
think network

WWW.DENKNETZ.CH

marie Sancar, Programmbeauftragte für die Ukraine bei FriedensFrauen Weltweit, **Marionna Schlatter**, Nationalrätin der Grünen ZH Moderiert wird die Debatte von Denknetz-Präsidentin **Ruth Daellenbach**.

Tag der Aussenpolitik 2022 Journée de la politique étrangère 2022

Sicherheit neu denken – friedens-, klima- und europapolitisch

- Schweiz in der UNO
- Europa und die Schweiz

Samstag, 18. Juni 2022
9.30 – 16 Uhr
Im «Progr» in Bern

Schweiz in der UNO: Sicherheit neu denken – friedens-, klima- und entwicklungspolitisch

Krieg in Europa. Tote, Verletzte, zerstörte Städte und Infrastrukturen, Millionen Menschen auf der Flucht. Weltweit gibt es in mehr Staaten als in den letzten 30 Jahren gewaltsame Konflikte. Die UNO, die Frieden und Sicherheit gewähren sollte, ist geschwächt. Doch es braucht sie jetzt erst recht. Auch die Schweiz wird als Mitglied im UNO-Sicherheitsrat gefordert sein. Als Land, das keinem Machtblock angehört und neutral ist, hat sie eine wichtige Rolle wahrzunehmen. Welche Ziele setzt sich die Schweiz, welche Erwartungen sind mit einem Einsitz im Sicherheitsrat verbunden?

Die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für die nachhaltigen Entwicklungsziele ist in höchster Gefahr. Armut nimmt zu statt ab. Der Klimawandel setzt sich fort, die Ziele des Pariser Abkommens drohen verfehlt zu werden. Ökologische Katastrophen zwingen Menschen zur Flucht und verursachen neue Konflikte. Die Zeit drängt. Ist die Schweiz auf Kurs?

Europa und die Schweiz: das Verhältnis neu denken

Europa befindet sich an einer Zeitenwende. Was vor dem Krieg in der Ukraine war, gilt nicht mehr. Sicherheit wird neu definiert. Nicht nur militärisch, ganz besonders auch energiepolitisch und handelspolitisch. Die EU will ihre Autonomie stärken. Wie wirkt sich dies auf die Schweiz aus? Bei den wirtschaftlichen Sanktionen, in der Flüchtlingspolitik, in der Energiepolitik, in der Sicherheitspolitik. Befindet sich nicht auch das Verhältnis der Schweiz zur EU an einer Zeitenwende?

SGA | ASPE

Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik
Associazione svizzera di politica estera
Association suisse de politique étrangère



Gesellschaft
Schweiz – UNO

- 09.00 Türöffnung | *Ouverture des portes*
- 09.30 Begrüssung | *Mots de bienvenue*
Christa Markwalder (Nationalrätin) und **Ulrich Lehner** (a. Botschafter)
- 09.45 Interview Botschafterin | *ambassadrice* **Pascale Baeriswyl** (Vertreterin der Schweiz bei der UNO/Représentante de la Suisse auprès de l'ONU)
- 10.15 **Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, Ziele und Erwartungen**
La Suisse au Conseil de sécurité de l'ONU, objectifs et attentes
Angela Müller (GSUN Association Suisse – ONU),
Flavio Milan (EDA/DFAE, stv. Leiter Abt. UNO)
Roland Fischer (GLP-Nationalrat/conseiller national vert'libéral), **Fabien Merz** (CSS/ETHZ)
- 11.00 Pause | *Pause*
- 11.25 **Die Schweiz und die UNO-Agenda 2030: Ist die Schweiz auf Kurs?**
La Suisse et l'agenda 2030 de l'ONU: la Suisse est-elle sur la bonne voie?
Jacques Ducrest (EDA-DFAE), **Eva Schmassmann** (Plattform Agenda 2030), **Fabian Ottiger** (foraus)
- 12.15 Pause und Buffet | *Pause et buffet*
- 13.20 Ateliers – interaktiver Austausch zu Sicherheitsrat und den Fragen Public Health, Frauen und Frieden, Agenda 2030 und Einbezug der Zivilgesellschaft | *Ateliers – échanges interactifs sur le Conseil de sécurité et les questions de santé publique, femmes et paix, Agenda 2030 et Implication de la société civile*
- 14.30 **Europa – Sicherheit neu denken** | *Europe – Repenser la sécurité*
Reinhard Bütikofer (Europäisches Parlament, Grüne Partei)
- 15.00 **Die Schweiz und die Zeitenwende in Europa** | *La Suisse et le changement d'époque en Europe*
Regula Rytz (a. Nationalrätin), **Eric Nussbaumer** (Nationalrat), **Patrick Dümmler** (Avenir Suisse)
- 15.50 Schlusswort | *Conclusions*

Europa kann mehr!



Europa steht vor enormen Herausforderungen: Die Gewaltkonflikte in Bergkarabach und der Ukraine bedrohen den Frieden in Europa, die Spannungen zwischen den USA und China geraten zusehends zu einem Grossmachtkonflikt, in dem Europa seine Rolle noch finden muss, und die Debatten über die «europäische Souveränität» vernachlässigen die friedenspolitischen Prioritäten zugunsten militärischer Fähigkeiten. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den globalen Süden erfordern zudem neue Akzente in der Entwicklungspolitik. Zugleich hält weltweit der besorgniserregende Trend zur Entdemokratisierung an. Das Friedensgutachten 2021 analysiert diese Entwicklungen und gibt Empfehlungen für die Politik.

Das Friedensgutachten 2021 analysiert vor diesem Hintergrund aktuelle Gewaltkonflikte, zeigt Trends der internationalen Aussen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und gibt Empfehlungen für Bundesregierung und Bundestag. Die deutschen Friedensforschungsinstitute geben das Gutachten seit 1987 heraus.

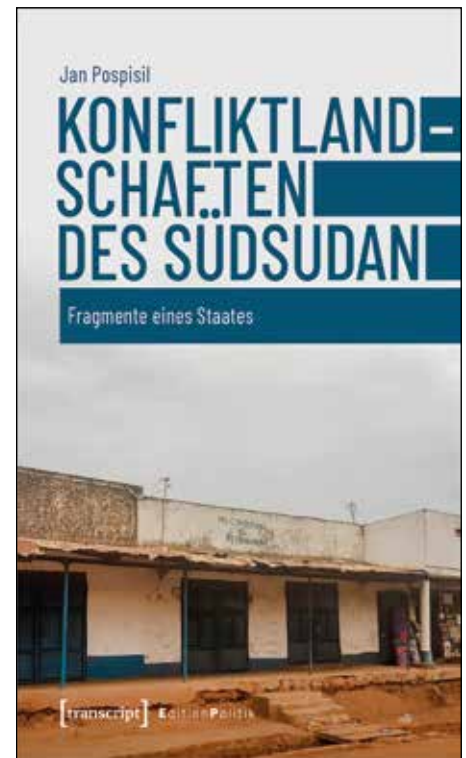
BICC Bonn International Center for Conflict Studies / HSK Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung / IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg / INEP Institut für Entwicklung und Frieden

Jan Pospisil

Konfliktlandschaften des Südsudan

Fragmente eines Staates

Nach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg erlangt die Republik Südsudan am 9. Juli 2011 ihre Unabhängigkeit. Doch trotz aller Bemühungen um einen friedlichen Staatsaufbau nimmt die erste Dekade der Eigenstaatlichkeit einen gewaltsamen Verlauf: Im Dezember 2013 schlittert der Südsudan in einen blutig geführten Bürgerkrieg, der sich nicht als einheitlicher Konflikt mit klar definierbaren Parteien, sondern zu einem Amalgam komplex verschachtelter Konfliktlandschaften entwickelt. In analytischen Vignetten, die verschiedene Regionen sowie die nationale und internationale Dimension des Bürgerkrieges untersuchen, gibt Jan Pospisil einen Einblick in die südsudanesischen Konfliktrealität.



Die nächste Ausgabe erscheint Mitte September 2022



Gemeinsam mit unserem weltweiten Netzwerk von Aktivistinnen führen wir eine Workshopreihe zu feministischer Friedenspolitik, Abrüstung und Entmilitarisierung durch. Der dritte Anlass findet vom 23.-24. Juni 2022 in Bern statt.

3. Veranstaltung, 23.-24. Juni 2022

«Entmilitarisierung und Abrüstung: Feministische Perspektiven auf Friedenskulturen und tatsächliche Sicherheit»

Unter diesem Titel findet am 23. Juni in Bern ein öffentliches Podiumsgespräch mit Fachfrauen und Aktivistinnen aus Europa, Kosovo, der Ukraine und dem Libanon statt. Im Zentrum stehen die Interaktion von Krieg, Wirtschaft und Klima sowie die Auswirkungen von Militarismus auf die Psyche der Menschen. Unsere Präsidentin Ruth-Gaby Vermot-Mangold führt in die Podiumsdiskussion ein.

Podiumsteilnehmerinnen:

- Olena Zinenko, KFR Public Alternative, Ukraine, und Koordinatorin der Projekte von FriedensFrauen Weltweit in der Ostukraine
 - Shirin Jurdi, feministische Friedensaktivistin, Mitglied des internationalen Vorstands von Women's International League for Peace and Freedom WILPF und Koordinatorin von WILPF MENA-Region, Libanon
 - Shukrie Gashi, Expertin für die Prävention von gewalttätigem Extremismus, und Hilmije Ramabaja, Trainingmanagerin bei Partners Kosovo Center for Conflict Management und Koordinatorinnen des von FriedensFrauen Weltweit finanzierten Projekts "Women Breaking Silence, Changing Narratives", Kosovo
- Der Anlass findet am 23. Juni von 18.15-20.30 Uhr an der Universität Bern statt. Es wird Englisch gesprochen. Anmeldungen bitte bis zum 20. Juni an: carla.weymann@1000peacewomen.org.

